

Silke Bender

Auf den Fußpfaden der Adivasi:
Ureinwohner zwischen Tradition
und Zivilisation

Indien vom 8. 9. bis 16. 12. 1997,
betreut von der Friedrich-Ebert-Stiftung

Inhalt

Zur Person	294
Wir sind noch immer arm	294
Wer sind die Adivasi?	295
Auf den Fußpfaden der Kuvis	297
Dorf-Realität	300
Die Kuvi-Christen in der Jeypore Kirche	301
Die Lage im Koraput Distrikt	303
Aluminium aus den Panchpatmali Bergen	304
Was Suboti von dem Staudamm hält	306
Entwicklung im Fünf-Jahres-Rhythmus	307
Rehabilitations-Politik am Beispiel Rourkela	309
Arbeit für die Armen	310
Vorhang auf für die Projektgruppe Kommunikation	312
Die Vergangenheit ist mir lieber	314
Ich habe Angst um diese Menschen	316
Das Land des Waldes	317
Auf der Suche nach der richtigen Politik	319
Eine Zufallsbegegnung	321
Zwei Freunde	322
Hilfe in Bihar	323
Braucht Indien einen Tee-Test für alle NROs?	325
Der Zukunft entgegen	326
Das dickste Dankeschön .	328
	293



Silke Bender, Jahrgang 1969, aufgewachsen in Borken. Nach dem Abitur ein Jahr als Au-pair in London gelebt. 1989 Umzug ins Ruhrgebiet, um in Bochum Englisch und Politik zu studieren. Während des Studiums Praktikum und freie Mitarbeit bei der WAZ, Lokalredaktion Gladbeck. Magisterabschluß (endlich!) im Mai 1996. Seitdem feste freie Mitarbeiterin für die WAZ-Lokalredaktionen Gladbeck und Oer-Erkenschwick.

Wir sind noch immer arm

Die Santhal-Frauen sitzen dicht gedrängt vor mir auf dem Boden und singen. Kleine Kinder hocken auf den Schößen ihrer Mütter und saugen an Brüsten. Die größeren stehen am Rand und beäugen mich neugierig. Wer ganz mutig ist, grinst mich einmal kurz an, um zu sehen, was dann passiert. Sobald ich zurückgrinse, tuscheln sie untereinander und können sich kaum noch halten vor Lachen. „Johar! Johar!“, klingt es mir von den Frauen zur Begrüßung fröhlich entgegen. Sie haben mich mit Blumengirlanden geschmückt, meine Hände mit Wasser aus einem kleinen Krug gewaschen. Zwei Frauen verbeugen sich vor mir. Die jüngere der beiden berührt mit ihren Händen den Boden, die ältere hält auf Kniehöhe inne. „Die Santhals verhalten sich je nach Alter unterschiedlich“, sagt Mahendra zu mir. „Die zweite Frau ist älter als du, deshalb mußte sie nicht den Boden berühren.“ Mahendra Kumar, der einer Nichtregierungsorganisation angehört und mich bei meinen Besuchen in den Dörfern der Santhals im Süden Bihars begleitet, hat ein gutes Gespür dafür, wann er mir etwas erklären muß. Als die Frauen ein zweites Lied in ihrer Stammsprache Santhali anstimmen, schaue ich ihn wieder fragend an. Mahendra versteht sofort und beginnt zu übersetzen: „Dieses Lied handelt davon, wieviel Hoffnung sie hatten, als Indien die Unabhängigkeit erlangte. Sie sagen, daß sie schon seit langer Zeit für die Verbesserung ihrer Situation kämpfen, daß ihnen Indiens Unabhängigkeit aber keinen Fortschritt gebracht hat. Nach 50 Jahren sind sie immer noch arm und kämpfen ums Überleben.“

Der 15. August 1947 markierte sicherlich auch für das Volk der Santhals einen Tag der Hoffnung, einen Tag, der ihnen das Ende der Kolonialherrschaft versprach, das Ende der britischen Lords, die ihnen mit ihren Waldgesetzen (Forest Acts) von 1864, 1878 und 1927 nach und nach fast jedes Recht an den Wäldern entzogen hatten. Über Nacht konnte damals Land zu Regierungseigentum werden und die Santhals verloren die Erlaubnis, Holz,

Blätter, Früchte und Wurzeln zu sammeln. Daß sie aber gerade davon lebten, spielte eine untergeordnete Rolle. Die Ressourcen der Natur in großem Ausmaß ausbeuten, so hieß das Gebot der Stunde. Leider hat sich daran, 50 Jahre nach den Briten, nicht viel geändert. „Wir sind immer noch arm und kämpfen ums Überleben . . .“

Ein harter **Kampf**: Auf meinem Rundgang durch das Dorf der 31 Santhal-Familien entdeckte ich in einer Hütte Hunderte von grünen Blättern in einer Ecke. „Die stammen vom **Sal-Baum**“, sagt Mahendra. Er erklärt mir, daß die **Santhals** diese Blätter sammeln, um dann Schalen aus ihnen zu fertigen und sie zu verkaufen. Abnehmer finden sich leicht, denn in ganz Indien werden allerlei Speisen, Getränke und Snacks in solchen Blätterschalen gereicht. „Für hundert Bündel bekommt die Familie sieben Rupien“, weiß Mahendra. „Ein Bündel besteht aus 50 Schalen, und eine Schale wiederum aus jeweils zwei Blättern.“ Am Abend gehen mir diese Zahlen noch einmal durch den Kopf: Die Santhals müssen 10 000 **Sal-Blätter** sammeln, um dann 5 000 Schalen daraus herstellen zu können. Und das alles für umgerechnet knapp 25 Pfennig.

„Wer sind die Adivasi? Wenn ich amerikanische Verhältnisse zum Vergleich heranziehen dürfte, würde ich sagen, sie seien die Indianer Indiens. Sie sind die Menschen, die schon lange im Land lebten, ehe die Inder vom Westen her kamen, eroberten, verdrängten, kolonisierten, ~~hinduanisierten~~ und sich eine gute, neue, heilige Heimat schufen - auf Kosten der Adivasi.“

Reimer Speck, Ehemaliger Pastor und Missionar
des Nordeibischen Missionszentrums

Wer sind die **Adivasi**?

„Hier in Indien kann man nicht von **der** Stammesbevölkerung sprechen, denn es gibt über 420 verschiedene Stämme, die jeweils ihre eigene Sprache sprechen“, sagt S. K. Chawbe, Professor für Politische Wissenschaften an der Universität Delhi. **Tatsächlich** zählen sich rund acht Prozent aller Inder zu den Angehörigen von Ureinwohnerstämmen. Wir sprechen also von etwa 75 Millionen Menschen - das ist fast die gesamte Bevölkerung Deutschlands. Und so wie man kaum für alle Deutschen allgemeingültige Aussagen machen kann, verhält es sich auch mit den indischen Ureinwohnern: Eine übergreifende Beschreibung dieser Menschen oder ihrer Situation ist schwierig, wenn nicht gar unmöglich.

Dennoch wagt Professor Chawbe einen Versuch: „Ich würde sagen, daß es zwei Arten von Stämmen gibt: Erstens die Stämme Zentralindiens, die in ihren Bundesstaaten nicht in der Mehrheit sind und für die es primär um den Schutz von Landrechten geht. Zweitens die Stämme im Nordosten

Indiens, die sich aufgrund ihres hohen Bevölkerungsanteils vom Rest Indiens abgrenzen wollen und für die Autonomie ihrer Region kämpfen."

Schauen wir uns diese Ballungsräume noch einmal genauer an: Machen Stammesangehörige in der nordwestlichen Region Indiens nur 0,75 Prozent der Bevölkerung aus, leben mehr als die Hälfte aller 75 Millionen Angehörigen in einer als Stammesgürtel bezeichneten Region, die in der Mitte Indiens von West nach Ost verläuft und sich aus den Bundesländern Madhya Pradesh, Orissa, Bihar, Andhra Pradesh und West Bengal zusammensetzt. Auch im Süden Indiens sind mehrere Stammesgemeinschaften beheimatet, wie etwa die Malayalis oder Irulas. Der höchste Anteil von Stammesangehörigen an der Gesamtbevölkerung findet sich jedoch vor allem im Nordosten Indiens: In Mizoram, Meghalaya und Nagaland machen sie jeweils knapp 90 Prozent aus. Diese Mehrheit macht ihren Kampf für Unabhängigkeit bedeutend wirksamer. So verlangten etwa die Nagas bereits kurz nach dem Abmarsch der Briten ein unabhängiges Nagaland. Bis heute bleibt dieser Wunsch unerfüllt, was immer wieder zu Aufständen und militärischen Auseinandersetzungen führt.

Sich einen Überblick über die verschiedenen Stämme zu verschaffen ist demnach eine zeitintensive Aufgabe, und wer immer sich mit dem Thema beschäftigt, stößt ziemlich schnell auf ein weiteres Problem: Als was werden diese Menschen denn nun bezeichnet? Da gibt es die Bergmenschen und die Ureinwohner, den Überbegriff Stammesangehörige, außerdem die Adivasi oder auch Waldmenschen und schließlich die indigene Bevölkerung. Eine eindeutige Antwort auf diese Frage läßt sich nur schwer geben, denn es ist noch nicht lange her, daß sie zum ersten Mal gestellt wurde.

Der Begriff Stamm bzw. „tribe“ wurde von den Briten während der Kolonialzeit eingeführt. „Zuvor wurden diese Menschen, wenn jemand mit ihnen in Berührung kam, als Völker, Königreiche oder Bewohner bestimmter Regionen bezeichnet“, erklärt der Journalist Arvind N. Das, der sich in seinem Buch „India Invented“ mit dieser Thematik auseinandergesetzt hat und in der Wortwahl der Kolonialherren rassistische Beweggründe sieht. „Die Briten haben sich überlegen gefühlt und ihre Erfahrungen aus Amerika, Australien und Afrika auf Indien übertragen.“ Bis auf den heutigen Tag hält jedoch die Zentralregierung Indiens an dem Begriff „tribes“ für die Angehörigen aller Stämme fest. Einen Teil der Stammesvölker faßte man jedoch unter der Bezeichnung „Scheduled Tribes“ (aufgelistete Stämme) zusammen. Aufgelistet wurden bestimmte Völker deshalb, weil die Regierung diesen „tribals“ zugesteht, zur extrem armen Landbevölkerung in unterentwickelten Gebieten zu zählen und deshalb benachteiligt zu sein. Jeder Inder, der zu einem dieser aufgeführten Stämme zählt, kann daher offiziell in seinem Distrikt diverse Hilfs- und Fördermaßnahmen abrufen. Außerdem werden Ausbildungs- und Beamtenstellen sowie politische Mandate für die Angehörigen der registrierten Stämme reserviert. Dieser Sonderstatus ist jedoch nicht nur von Vorteil: Es gibt viele Inder, die der jahrelangen „Bevorzugung“ dieser „schwachen Schicht“ lieber heute als

morgen ein Ende machen möchten, damit ihnen das Geld der Fördermaßnahmen oder die reservierten Arbeitsplätze zukommen.

Doch wie nun bezeichnen sich die Stammesangehörigen selbst? Zunächst einmal mit dem Namen, den ihr Stamm hat. Santhals sind Santhals, Kuvis Kuvis und Hos Hos. Wann immer jedoch die Probleme, Nöte oder Forderungen von Stämmen in einer bestimmten Region den Zusammenhalt aller erfordern, fallen meist die Worte Ureinwohner oder Adivasi, ein Hindi-Wort für „erste Bewohner“. Die Adivasi sehen sich als die Menschen, die seit jeher in Indien gelebt haben. Sie sehen sich als indigene Bevölkerung Indiens, auch wenn die Regierung ihnen diesen Status aberkennt mit der Begründung, daß es in Indien keine solche Bevölkerung gibt. Daran konnte bislang auch die UN-Arbeitsgruppe „Indigene Bevölkerung“ nichts ändern, obwohl ihre erarbeitete Definition von indigenen Völkern mit der Situation, in der sich die Adivasi in Indien befinden, bis auf das kleinste Detail übereinstimmt.

„Die am stärksten unterdrückten Stämme leben hier in Orissa, und zwar in entlegenen Gebieten, die sie von der nationalen Entwicklung abschneiden. Die Förderprogramme der Regierung zeigen hier keine Wirkung, denn viele Regierungsbeamte vor Ort sind korrupt und wollen die Menschen gar nicht erreichen.“

Ramakrishna
Mitglied der Nichtregierungsorganisation THREAD

Auf den Fußpfaden der Kuvis

Die kleine Missionsstation Sapta Maha ist malerisch gelegen. Große sanfte Hügel erheben sich in allen Richtungen, und fernab jeglicher Zivilisation erblickt das Auge nur weite grüne Steppe. Die Sonne kommt hinter den Bergen hervor und schickt ihre heißen Strahlen auf die Erde. Abgesehen von den zwei Adivasi-Familien, die sich um die meist unbewohnte Missionsunterkunft kümmern, lebt hier niemand. Abgesehen von der Hindi-Musik, die bisweilen aus ihrem Radio ertönt, herrscht absolute Stille.

Von Sapta Maha aus lassen sich mehrere Ureinwohner-Dörfer in meist einstündigen Fußmärschen erreichen. In diesem Gebiet, das etwa 20 Kilometer nordöstlich der kleinen Stadt Semiliguda im Koraput-Distrikt Orissas liegt, leben überwiegend Kuvis, die offiziell zum Stamm der Kondhs gerechnet werden. Die Volkszählung von 1961 erfaßte 168 027 Kondhs interne Zählungen gehen heute von rund 800 000 aus. Der Begriff Kondh wurde sehr wahrscheinlich von dem dravidischen Wort konda abgeleitet, das Berg bedeutet. Ebenso wird Ku mit Berg oder Hügel übersetzt. Kuvis könnte man demnach als Bergmenschen bezeichnen. Kuvi meint nicht nur

die Menschen, sondern auch ihre Sprache, die zu den Dravida-Sprachen gehört, der zentral-südindischen Sprachenfamilie.

Die Fußpfade der Kuvis sind schmal und oft kaum als Wege zu erkennen. Sie winden sich entlang der Berge und sind zuweilen von dichtem Gestrüpp fast zugewachsen. Sie verbinden die einzelnen Dörfer miteinander und führen zu großen Mangobäumen, die in der Hitze des Tages Schatten spenden. Hier wird einmal in der Woche Markt abgehalten. Man trifft sich zum Tauschen und Kaufen, sieht andere Dorfbewohner wieder und unterhält sich mit Freunden. Ein Markttag hat hier den Stellenwert eines Feiertages, und fast immer haben die Kinder dann schulfrei. Von den Dörfern aus gelangt man auf den schmalen Pfaden auch zu den umliegenden Feldern, die jeweils zu einer **Kuvi-Siedlung** gehören. Hauptanbauprodukte sind Reis und Hirse, daneben pflanzen die Kuvis je nach Beschaffenheit des Bodens Ölsamen, Bohnen und Senf sowie verschiedene Gemüsesorten an.

Pendajam ist ein traditionelles **Kuvi-Dorf**: Die kleinen Häuser der Kuvis grenzen wie Reihenhäuser aneinander und bilden zwei parallele Linien im Dorf, in deren Mitte sich eine Straße befindet, der „Sozialraum“ des Dorfes. Hier spielt sich das gemeinschaftliche Leben ab. Da das Dorf inzwischen auf 51 Familien angewachsen ist, mußten rechts und links der bereits bestehenden Häuserreihen neue gebaut werden. „Die Landbesitzer, die um unser Dorf herum über Eigentum verfügen, haben einer anderen Erweiterung nicht zugestimmt“, erklärt einer der Dorfbewohner. Nur wenige Häuser haben noch ein Strohdach, die meisten sind inzwischen mit Ziegeln abgedeckt. Überall liegen mit Reiskörnern bestreute Matten aus, damit die gerade eingeholte Ernte in der Sonne trocknen kann. Und wo Reiskörner sind, da sind auch Hühner: Immer wieder müssen die Frauen das Federvieh vertreiben, die ganz hartnäckigen werden mit Stöcken beworfen. Und wie um das ländliche Bild abzurunden, dösen Hunde und Ziegen in der Mittagssonne, stecken junge Wildschweine ihre Schnauzen in den Schlamm hinter den Ställen, die direkt an die Häuser grenzen. Dort werden auch die Kühe und Ochsen gehalten, die jeden Tag über die Berghänge getrieben werden - eine Arbeit, die den älteren Kuvi-Jungen zufällt. Die Mädchen helfen der Mutter im Haus oder auf dem Feld und kümmern sich um die jüngeren Geschwister.

In Pendajam wohnen inmitten der Kuvis zwei **Dalit-Familien**. Das Sanskrit-Wort „**Dalit**“ bedeutet Zerbrochene oder Zertretene, was sie heute im übertragenen Sinn zu Ausgebeuteten oder Unterdrückten macht. Weitaus geläufiger ist noch die Bezeichnung der **Unberührbarkeit**: In ganz Indien grenzen sich höhergestellte Inder von diesen kastenlosen Menschen ab, da sie „unreine“ Berufe ausüben. So gelten etwa Müllmänner als höchst unrein, da sie Müll und Exkrememente beseitigen. Doch auch ein Wäscher kommt durch die schmutzigen Kleidungsstücke, die er säubert, mit unreinen „Körperflüssigkeiten“ in Kontakt. Der Grad der Unreinheit des Berufs ist dabei ausschlaggebend für den Grad der Unberührbarkeit. Einigen **Unberührbaren** kann es strikt verboten sein, sich einem Tempel auch nur zu nähern, während anderen „lediglich“ der Besuch des Heiligtums im

Tempel verwehrt wird. In dem Dorf Dudhari, das ich einmal besuchte, verhält es sich so, daß sich die Hindu-Bewohner von den Dalits fernhalten, weil diese tagtäglich mit Kuh- und Schweinefleisch in Berührung kommen und es sogar essen. Die Unberührbaren wohnen dort abgesondert von den anderen Kasten.

In Pendajam jedoch leben die zwei Dalit-Familien, wie gesagt, inmitten der Kuvi-Familien. „Die Unberührbarkeit spielt für uns keine Rolle, denn einige von uns haben den christlichen Glauben angenommen und somit die Vorstellung der Unreinheit überwunden“, sagen die Kuvis. Und was nicht immer selbstverständlich ist: Auch die Adivasi-Christen und Nicht-Christen kommen gut miteinander aus. Es gibt keine Rivalität zwischen dem traditionellen Naturglauben und dem Glauben an einen Gott. Vielmehr lebt man hier eine gute Gemeinschaft aus Christentum und alten Göttern. So beschreibt es jedenfalls Dumbanath Manding, der Dorflehrer, der mich bereitwillig zum „Worshipping Place“ führt, dem Ort, an dem die Kuvis, die die Natur verehren, ihre religiösen Zeremonien abhalten.

Was mehr wie eine zufällige Ansammlung von Steinen inmitten von wild wachsendem Gestrüpp wirkt, stellt sich als Kultstätte der Kuvis heraus. Hinter Sträuchern und teilweise dichtem Blätterwerk liegen Steine verschiedener Größen neben- und übereinander. Aus ihrer Mitte ragt ein etwa ein Meter langer Stamm hervor. Der heilige Ort liegt im Schatten, denn ein alter Baum schlägt hier noch seine Wurzeln. Bäume sind in dieser Gegend Orissas selten geworden. Wo auch immer sich eine Krone aus Blättern in den Himmel hebt, kann man davon ausgehen, daß es sich entweder um einen Obst- oder Cashew-Baum handelt, oder aber um einen heiligen Baum. „Als das Dorf entstand, stellten unsere Vorfahren einen langen Stein auf und bauten einen kleinen Tempel, den sie mit diesen Steinen zudeckten.“ Bei dieser Beschreibung muß ich an den mächtigen Gott Shiva im Hinduismus denken: Seine Schöpferkraft wird mit einem steinernen Phallus symbolisiert. Ob der lange Stein, den die Kuvis aufgestellt haben, eine ähnliche Form hat? Aber der Tempel ist nicht einsehbar. „Nur der Priester kann die Höhle öffnen“, sagt Jimiri Pangsi. „Das geschieht, wenn wir Jakeri Penu verehren.“

Im Dorf Pendajam huldigt man drei wichtigen Göttern: Horo Penu wird als Gott der Berge verehrt. Für Ganga Penu bauen die Kuvis einmal im Jahr einen Krug, den sie mit Blumen und Lichtern schmücken. Mit diesem Krug wird der Gott ins Dorf geholt und vor dem Haus des Pujari, des Dorfpriesters, aufgestellt. Eine Woche lang wird dort dann gesungen und getanzt, damit Gott Ganga für gute Ernten und ein gutes Leben sorgt. Jakeri Penu wird immer dann angerufen, wenn die Gemeinschaft Schutz verlangt: für die Saat etwa, die gerade gesetzt wird oder die Linsen-Ernte, die man einholen will. Diese Riten strukturieren das Leben und den Jahresablauf der Kuvis. Daraus gewinnen sie Vertrauen und Verlässlichkeit. Inwiefern das Zusammenleben von Kuvi-Christen und Nicht-Christen hier eine Veränderung bewirkt hat, läßt sich nur schwer ausmachen. Jimiri Pangsi, der getauft ist, berichtet mit aller Lebendigkeit über die religiösen Zeremonien und sagt: „Das gesamte Dorf nimmt daran teil.“

Dorf-Realität

„Wir haben viele Probleme“, sagen die Kuvis aus Pendajam. „Während der Regenzeit haben wir nicht genügend Nahrung. Wir müßten mehr anbauen, doch dazu benötigen wir neues Land. Aber weder die Regierung, noch die Hindus, die Land besitzen, treten etwas an uns ab. Wir würden auch gern eine feste Straße zu unserem Dorf bauen. Dann könnten wir alle notwendigen Sachen viel einfacher befördern. Wir wären nicht so abgeschnitten. Die Zusagen der Regierung spielen sich nur auf dem Papier ab. In Wirklichkeit geschieht hier nichts.“

In Putisil, einem anderen **Kuvi-Dorf**, das ich wenig später besuche, erzählen mir die Menschen: „Einige Familien sind sehr arm und haben nicht genug zu essen. Wer in Not gerät, leiht sich Nahrung oder Geld von denen, die mehr besitzen. Viele schicken ihre Kinder nicht in die Schule, weil sie das Schulgeld und die Materialien nicht bezahlen können. Der Lehrer, der eigentlich in unserer Schule im Dorf unterrichten sollte, läßt sich hier nicht blicken.“

Solche Schwierigkeiten gehören für die Kuvis zur Realität des Dorflebens. Ihr Land wird knapp, da die städtische Zivilisation immer näher an ihre Dörfer heranrückt. Nur ein Beispiel: Um 1900 lebten in der Stadt Jeypore im Koraput-Distrikt 7 000 Menschen. Heute sind es 100 000. Dadurch steigt natürlich der Bedarf an Bau- und Feuerholz sowie an kultivierbarem Land. Das Ergebnis: Es gibt kaum noch Waldgebiete, in denen die Kuvis Nüsse, Wurzeln oder Früchte sammeln können, um eine schlechte Ernte auszugleichen. Selbst Holz für den eigenen Hausbau müssen sie nun teilweise kaufen. Hinzu kommt, daß man in den Dörfern auf keinerlei Infrastruktur stößt. Die Zentralregierung in **Neu-Delhi** stellte zwar einen eigenen Wirtschaftsplan, den „**Tribal Sub Plan**“, für die „**Scheduled Tribes**“ auf und schuf auch einen sogenannten „**Integrated Tribal Development Plan**“, der spezielle Entwicklungsprogramme für mehrheitlich von Adivasi bewohnte Gebiete vorsieht. Doch irgendwo auf dem Weg von der Planung zur Umsetzung tun sich große Gräben auf, und die Kuvis merken nichts davon, daß die Regierung ihnen helfen will. Nur schwer können sie selbst nachprüfen, was ihnen zusteht, denn die meisten Kuvi erhalten keine Schulbildung und sind Analphabeten. Besonders stark davon betroffen sind auch bei ihnen die Frauen. Die Gründe hierfür sind vielschichtig: Die Arbeit im Dorf kommt vor Bildung. Werden die Kinder auf dem Feld oder im Haus gebraucht, schickt man sie nicht in die Schule. Ist eine Schule im Dorf selbst vorhanden, so fehlt es meist an Lehrern, da viele sich nicht die Mühe machen, die entlegenen Gebiete aufzusuchen. In Putisil gibt es 30 Jungen, die eine Schule in der näheren Umgebung besuchen, aber nur elf Mädchen, die im 60 Kilometer entfernten Internat leben. Natürlich überlegen die Eltern genau, ob sie die Arbeitskraft einer Tochter gänzlich entbehren können.

Die Probleme der Dorfbewohner von Pendajam und Putisil ähneln sich. Im gemeinschaftlichen Leben gibt es jedoch Unterschiede, denn in Putisil

wird der christliche Glaube offensichtlicher. Alle 70 **Kuvi-Familien** sind zum Christentum konvertiert. Hier gibt es ein eigenes Kirchenhaus und einen „Guru“, der als christlicher Lehrer die Verantwortung für die Gemeinde trägt. Zudem schmücken religiöse Bilder das Innere einiger **Kuvi-Häuser**. Sowohl Pendajam als auch Putisil liegen im Einzugsgebiet der „Jeypore Evangelical Lutheran Church“.

Die **Kuvi-Christen** in der Jeypore Kirche

Die **Jeypore-Kirche** in Indien erhielt ihren Namen von dem ehemaligen Fürstentum Jeypore. Erst mit den neuen Verwaltungsstrukturen in der britischen Kolonialzeit wurde dieses Gebiet im Jahre 1936 als Koraput Distrikt bezeichnet. Zu diesem Zeitpunkt wurde die Provinz Orissa gegründet. Im heutigen Indien geht man von etwa 20 Millionen Christen aus. Davon sollen, so gibt es zumindest die Volkszählung von 1991 an, 13 bis 14 Millionen zu den Katholiken zählen, sechs bis sieben Millionen sind anderer Konfessionszugehörigkeit. Nach den Hindus mit 82,5 Prozent und den Muslimen mit zwölf Prozent der Gesamtbevölkerung steht das Christentum in der Indischen Union zwar an dritter Stelle, doch machen die 20 Millionen Christen gerade 2,6 Prozent der Bevölkerung aus. Die ersten Christen scheinen sich übrigens bereits in der Frühzeit, nämlich um das Jahr 300 im südlichen Kerala niedergelassen zu haben.

Die Geschichte der „Jeypore Evangelical Lutheran Church“ (JELC) beginnt mit den Missionsbestrebungen der Breklumer Mission, deren Ideen sich heute, in einer zeitgemäßerer Form, im Nordeibischen Missionszentrum fortsetzen. Im Jahr 1881 reisen die ersten Breklumer Missionare, Hermann Bothmann und Ernst **Pohl**, nach Indien und bauen drei Jahre später im Jeyporeland ein Missionshaus auf. Trotz widriger Umstände werden die christlichen Bemühungen vorangetrieben, und bereits 1914 spricht man von 16 000 Christen. Die Gemeinden wachsen, und am 19. Februar 1928 gewinnt die Jeypore-Kirche eine feste Gestalt in ihrer ersten Synode, die die Verantwortung für den weiteren Weg der Kirche übernimmt. - Fast 107 Jahre nach den ersten Missionaren in diesem Gebiet verfügt die JELC heute über 827 Gemeinden mit rund 130 000 Mitgliedern.

In dem Gebiet, in dem die Kirche arbeitet, sind 70 Prozent der Einwohner Angehörige von Ureinwohnervölkern. Ihr Anteil in der JELC fällt jedoch bei weitem nicht so hoch aus: „Rund 20 Prozent unserer Mitglieder zählen zu den **Adivasi**“, so Rev. P. H. Prokash, der seit 1993 Bischof der JELC ist. Doch die Missionsarbeit unter den Adivasi komme gut voran, vor allem bei den Sauras verlaufe sie mit viel Erfolg. „Zehn Dörfer haben jetzt wieder den christlichen Glauben angenommen. In den letzten vier Jahren konnten wir 49 Kirchen in verschiedenen Gebieten aufbauen, und alle Mitglieder sind Adivasi.“ Bischof Prokash ist zufrieden mit dieser Entwicklung, besonders angesichts der langen Zeit der lähmenden Turbulenzen in der JELC, die noch nicht lange zurückliegt.

1974 gründete sich innerhalb der Jeypore-Kirche die „Adivasi Christiya Samaj“ (ACS), eine Christenorganisation der Adivasi, die sich gezielt für eine Verbesserung der Lebens- und Glaubenssituation der Ureinwohner einsetzen wollte. Mit Zustimmung aus Deutschland, schließlich stellt die Partnerkirche den Großteil der finanziellen Mittel, wurde dem ACS eine gewisse Verwaltungsfreiheit und Autonomie in fünf der insgesamt 16 Kirchenkreise zugestanden. Doch warum die Spaltung? Die Adivasi-Christen fühlten sich in ihrer Kirche nur ungenügend vertreten, da ihrer Meinung nach die Interessen der Dalits, die 75 Prozent aller Mitglieder ausmachten, zu oft im Vordergrund standen.

„Die Adivasi nehmen auch heute noch mit Besorgnis wahr, daß Dalits mit Hinweisen auf ihre indigenen Wurzeln immer wieder versuchen, in der internationalen Öffentlichkeit die Dalitbewegung als **die** Befreiungsbewegung der indigenen Bevölkerung Indiens darzustellen“, erklärt Pastor Oliver Stabenow, Referent für indigene Völker und Adivasi im Nordeibischen Missionszentrum. Er hält sich bereits zum vierten Mal für längere Zeit im Süden Orissas auf, um die Partnerkirche zu besuchen und kennt den alten Konflikt zwischen Adivasi und Dalits, der letztendlich auch zur Gründung des ACS geführt hat. Wobei die Dalits sicherlich berechtigt sind, auf ihre indigenen Wurzeln zu verweisen, denn selbst in der Geschichtsforschung gehen viele Theoretiker inzwischen davon aus, daß die heutigen Dalits ebenfalls die Nachkommen der ursprünglichen Ureinwohner sind. Sie wurden jedoch von den arischen Invasoren unterworfen und endeten als Unberührbare ganz unten in der Kastenordnung. In dieser gesellschaftlichen Position befinden sich die meisten Dalits auch heute noch, obwohl Mahatma Gandhi für sie den Begriff *Harijans*, also „Kinder Gottes“ schuf und die Kastenordnung mit der Verfassung von 1950 eigentlich offiziell abgeschafft wurde.

Adivasi und Dalits, beide Gruppen kämpfen für Befreiung, aber ausgehend von unterschiedlichen Positionen: „Die Dalits führten immer eine Schattenexistenz am Rand eines Dorfes“, erläutert Oliver Stabenow. „Ihnen wurde die Anerkennung als Menschen verweigert. Die Dalits wollen also aus einer Vergangenheit heraustreten, in der sie nichts galten, und für eine Zukunft kämpfen, in der sie Menschen- und Bürgerrechte haben werden.“ Die Adivasi hingegen würden relativ autonome Gemeinschaften bilden, die aber von der dominanten Gesellschaft bekämpft und zum Teil auch zerstört würden. „In der Vergangenheit galten sie demnach etwas, und nun kämpfen sie für eine Zukunft, in der sie wieder etwas gelten werden.“

Fast 25 Jahre nach der Gründung einer eigenen Ureinwohner-Organisation innerhalb der JELC, muß man sagen, daß sich die anfänglichen Hoffnungen noch nicht erfüllt haben. Es gibt nach wie vor Defizite in der theologischen Ausbildung, und es kommt vor, daß sich zwar ganze Dörfer taufen lassen, der christliche Glaube jedoch nicht sichtbar wird. Hinzu kommt, daß der Abspaltung der Adivasi-Christen eine Phase der Unruhe folgte. „Von 1986 bis 1993 haben wir eine turbulente und stagnierende Zeit durchgemacht“, sagt Bischof Prokash. „Einzelne Gruppen wollten immer

wieder nur ihre eigenen Interessen durchsetzen." Dieser Tumult hätte sich inzwischen jedoch gelegt, alle zögen nun an einem Strang. Mit Ausnahme der Frauen, denn die spielen innerhalb der Kirche praktisch keine Rolle. Mit der Wahl von **Balaka** Bati Kulesika in den Kirchenrat der JELC befindet sich eine einzige Frau unter 50 Männern. „Ich werde mich für unsere Frauen einsetzen und versuchen, sie zu stärken“, sagt die Adivasi-Frau zwar mutig, aber ohne konkrete Angaben, wie sie das in Zukunft erreichen will.

„Wir verpflichten uns und rufen die Kirchen und Missionswerke auf, einheimische Kulturen anzuerkennen und zu respektieren und den Ureinwohnern zu helfen, sich zu entfalten, zu organisieren und ihre kreativen Fähigkeiten voll zu verwirklichen, und ihre Forderungen nach Land und Selbstbestimmung zu unterstützen.“ So definierte man kirchliche Menschenrechtsarbeit auf der Weltmissionskonferenz in San Antonio. Bis dahin ist es noch ein weiter Weg. Wie weit, das bestimmen auch die Adivasi.

Die Lage im Koraput Distrikt

Der Koraput Distrikt ist einer von insgesamt 30 Distrikten in Orissa und liegt im südlichen Zipfel des Bundesstaates, rund 520 Kilometer von der Hauptstadt Bhubaneswar entfernt. Fünf große Städte stehen einem Heer von fast 2 000 Dörfern gegenüber, und 83 Prozent der Menschen leben hier auf dem Land. Die Bevölkerungszahl liegt laut Volkszählung von 1991 bei **1 030 000**. Davon zählen über die Hälfte, nämlich fast **51** Prozent, zu den Angehörigen verschiedener Adivasi-Stämme. Anfang 1992 machten sie gemeinsam mit den Dalits rund 70 Prozent der Bevölkerung im Koraput Distrikt aus, doch im Laufe des Jahres wurde der ehemals **Y-förmige** Distrikt geteilt, und Nowrangpur, Rayagada und Malkangiri wurden zu eigenen Distrikten ernannt. Kritische Stimmen bezeichnen diese Teilung als politischen Akt, um mit dem Inkrafttreten der neuen Verwaltungsstrukturen auch den hohen Anteil an Dalits und Adivasi zu teilen. Denn die geographische Trennung trennt nun auch Menschen, die sich zuvor vereint fühlten, was die Arbeit der Nichtregierungsorganisationen, die für ein politisches Erwachen der Adivasi und Dalits kämpfen, sicherlich erschwert. Die Teilung des Distrikts ist in den Köpfen der meisten Einwohner jedoch gar keine Realität geworden: Viele sprechen nach wie vor ganz selbstverständlich von „ihrem Distrikt“ und meinen dabei den „alten“ und „ungeheilten“.

Die indische Zeitung „Express News Service“ schreibt im September 1997: „Die Großprojekte im ungeteilten Koraput Distrikt sind darin gescheitert, die Situation der Arbeitslosigkeit nachhaltig zu verändern. Die Jugendlichen dieser Region zählen nach wie vor zu den Verlierern, denn nur mit einer Computer-Ausbildung hätten sie Chancen auf einen guten Arbeitsplatz in den großen Unternehmen. Da sie sich diese Kenntnisse

angesichts ihrer Armut jedoch nicht aneignen können, zählen sie, wenn überhaupt, zu den einfachsten Arbeitern."

In den 50er Jahren gab es in Orissa abgesehen von einigen Sägewerken und Eisfabriken kaum Industrieansiedlungen. „1950 existierten im gesamten Bundesstaat nur zwei große Staudämme“, führt der Soziologe William Stanley an. „Heute haben wir über 150 solcher Projekte.“ Für ihn begann die Ausbeutung der Naturschätze unter anderem auch mit dem Bau des Stahlwerkes in Rourkela, einem Projekt, das nur mit deutscher Beteiligung umgesetzt werden konnte. „Danach folgten zahlreiche Minen und weitere Dämme, von denen viele natürlich auch in unserem Distrikt gebaut wurden.“ Bezogen auf den ungeteilten Koraput Distrikt zählt William Stanley 18 große Industrieprojekte auf, für die in der Vergangenheit über 2 000 Quadratkilometer, also 7,5 Prozent der gesamten Distrikt-Fläche, benötigt wurden. Im Zuge der fortschreitenden Industrialisierung stehen für ihn die Verlierer bereits fest: „Die Staudämme und die Fabriken, um die sich dann oft kleine Städte bilden, liegen zum Großteil in den Stammesgebieten. Es sind daher die Adivasi, die von ihrem Land weichen müssen.“ William Stanley schätzt, daß bislang bis zu 150 000 Stammesangehörige vertrieben wurden, häufig ohne ausreichende Entschädigung und Chancen auf eine Stelle in den Fabriken.

Die Analphabetenrate im geteilten Koraput Distrikt ist hoch: Sie liegt bei 80 Prozent im Gegensatz zu 60 Prozent in Orissa und 48 Prozent in Indien. Bei den Adivasi sieht es mit dem Bildungsstand noch schlechter aus: Gerade 7,2 Prozent können lesen und schreiben, von den Frauen beherrschen nur zwei Prozent das Alphabet. Arbeit, die durch Industrialisierung entsteht, macht die Adivasi und die anderen armen Bevölkerungsschichten daher fast immer zu einfachen, schlecht bezahlten Tagelöhnern. Die Großprojekte verbessern ihre Lebenssituation nicht, und daran können auch die zahlreichen Förderprogramme der Regierung für die mehrheitlich von „Scheduled Tribes“ und „Scheduled Castes“ (Aufgelistete Kasten) bewohnte Region nichts ändern. William Stanley verfügt über Studien, die dies belegen: „Von 1961 bis 1981 nahm der Anteil von landbesitzenden Adivasi um fast 13 Prozent ab“, erklärt er. „Das bedeutet, daß nur noch die Hälfte aller Adivasi das eigene Stück Land bebaut.“ Im Gegensatz dazu sei die Zahl der einfachen Landarbeiter unter ihnen gestiegen. „1961 waren es 20 Prozent und 1981 bereits 30 Prozent.“ Heute, 17 Jahre später, mag diese Zahl bereits bei 40 Prozent liegen. 200 000 Adivasi, die das Land ihrer Vorfahren verloren haben und jetzt vielleicht für reiche Großgrundbesitzer arbeiten müssen. Damit sie nicht verhungern.

Aluminium aus den Panchpatmali Bergen

Die Spur des etliche Kilometer langen Förderbandes, das Bauxit zur „National Aluminium Company“, kurz NALCO, liefert, verliert sich irgendwo weit oben in den Bergen. Es sind die Panchpatmali Berge im

Koraput Distrikt. Von meinem jetzigen Standpunkt aus - ich konnte durch ein Loch im Zaun schlüpfen und befinde mich direkt neben dem ratternden Förderband - würde es zu lange dauern, um zu den entlegenen Bauxit-Minen zu gelangen. Daher entscheide ich mich für die Fahrt zur näher gelegenen Raffinerie des Aluminium-Konzerns, in dessen Umgebung nach und nach die kleine Stadt Damanjodi entstanden ist. NALCO wurde 1981 errichtet. Die Gesamtkosten für die Minen, die Raffinerie und das Schmelzwerk im Dhenkanal Distrikt beliefen sich damals auf 980 Millionen US-Dollar, 300 Millionen mehr als ursprünglich geplant.

Leider kann ich nur aus weiter Ferne einen Blick auf die Raffinerie werfen. Ein großer See liegt zwischen mir und den sich auftürmenden Fabrikgebäuden. Eine Genehmigung für die Besichtigung eines solchen Werkes ist in Indien schwer zu erhalten. Gute Beziehungen zu den richtigen Leuten fehlen mir, und so fragen sich die Zuständigen im Werk wohl, weshalb sich eine deutsche Journalistin denn für ihr Unternehmen interessieren sollte. Da die Distrikt-Polizei bereits mehrmals bei den Organisationen, die ich besuche, aufgetaucht ist und nachgefragt hat, wer ich sei und was ich hier machen wolle, begnüge ich mich mit diesem Blick, vergesse meinen angestrebten Besuch bei der Raffinerie und treffe stattdessen die Menschen, die vor 17 Jahren für den Bau des Aluminium-Werkes einer Umsiedlung zustimmen mußten.

Die Analabadi-Kolonie ist nach Straßen und Vierteln aufgeteilt. 440 der insgesamt 597 umgesiedelten Familien aus 26 Dörfern fanden hier eine neue Unterkunft. Zu den Betroffenen zählten 260 Adivasi- und 50 **Dalit**-Familien. „Wir haben als Entschädigung dieses Haus erhalten“, erzählt eine alte Adivasi-Frau und weist mit ihrer Hand auf ein kleines Haus hinter ihrem Rücken. „Außerdem gab man uns etwas Geld, aber das war nicht genug, um neues Land zu kaufen.“ 41 Prozent des für das Projekt benötigten Landes war Ackerland, für das NALCO 2 000 Rupien pro Morgen zahlte. Weitere 150 Rupien erhielten die überwiegend von Ackerbau lebenden Menschen für jeden Obst- oder Nußbaum. Niemand bedachte jedoch, daß auch die Inanspruchnahme von 40 Prozent Regierungsland, für das der nationale Konzern nichts zahlen mußte, bei den Einwohnern zu verschlechterten Bedingungen führte. Denn die umliegenden Dörfer sammelten in diesem Gebiet Blätter, Früchte und Blumen sowie Material für ihre Dächer, und sie nutzten es für sanitäre Zwecke, was für die Menschen auf dem Land ganz selbstverständlich ist. Wer heute in der Kolonie ein dringendes Bedürfnis verspürt, der muß erst einmal eine Weile gehen.

„Mein Mann hat einen Arbeitsplatz bei NALCO bekommen“, berichtet die alte Frau, um die sich andere Bewohner aus der Kolonie drängen. Trotz der Nachmittagsstunden sind erstaunlich viele Männer darunter - ein sicheres Zeichen dafür, daß sie momentan keine Arbeit haben. „Aber was sollen meine Söhne jetzt **machen?**“, fragt die alte Frau, als hätte sie meine Gedanken gelesen. „Sie finden hier keine Beschäftigung, und wir haben kein Land mehr, auf dem sie arbeiten könnten.“ Das trifft nicht nur die Söhne, sondern auch die Frauen, die sich seit ihrer Umsiedlung nur noch um Haus-

arbeit und Kinder kümmern. Vorbei sind die Zeiten, in denen sie ebenfalls auf dem Feld arbeiten konnten und so eine dem Mann ebenbürtige Stellung in der Adivasi-Gemeinschaft innehielten.

Eine Studie im „Economic and Political Weekly“ vom 15. Juni 1996 gibt an, daß nur 352 der 597 Familien **einen** Arbeitsplatz pro Familie erhalten haben. 35 Dalit-Familien hatten Glück, aber nur 14 Adivasi-Familien. Acht Frauen fanden einen Job in dem Aluminium-Konzern, der ansonsten aber größtenteils nach ausgebildeten Fachkräften suchte. Die kamen von außerhalb, denn unter den umgesiedelten, fast durchweg armen Menschen wurde man nicht fündig. Wer nicht in den Minen oder der Raffinerie unterkommen konnte, steht seiner Arbeitslosigkeit recht hilflos gegenüber: Das Städtchen Damanjodi ist nur aufgrund von NALCO entstanden und bietet fast keine anderen Berufsfelder. Vielleicht wirkt deshalb alles so künstlich, irgendwie unwirklich. Die wenigen hübschen Häuser - wohnen dort die Fachkräfte von NALCO? - stehen in krassem Gegensatz zu den häßlichen Hütten der Armen, deren Dächer mit Plastikplanen abgedeckt sind. Ich für meinen Teil bin jedenfalls froh, Damanjodi wieder verlassen zu können.

Was Suboti von dem Staudamm hält

„Der Damm hat uns vertrieben. Nicht nur einmal, sondern zweimal. Als wir unser Dorf verließen, sind wir in den Wald gegangen. Dort wollten wir bleiben, aber wir wurden wieder verjagt. Wir sollten in diese Häuser hier ziehen. Die hat man für uns gebaut. Man hat uns gedroht, daß man alles niederbrennen würde, wenn wir nicht freiwillig gehen. Früher haben wir vier Ernten in jedem Jahr eingefahren. Wir hatten unser Land, unsere Geschichte, unseren Dorfrat, und jeder akzeptierte die gemeinsamen Entscheidungen. Dieser Geist lebt jetzt nicht mehr. Jeder arbeitet nur für sich, wir sind alle gleich arm und können uns nicht mehr gegenseitig helfen. Unsere Kultur, unsere Tradition hat nicht überlebt. Wir sind auf Gelegenheitsjobs angewiesen, verkaufen unsere Arbeitskraft. Schau dir die Qualität der Häuser an. Und so sieht unser Essen aus!“

Suboti Muduli ist Witwe und Mutter von zwei Töchtern. Sie gehört dem Poroja-Stamm an. Ihr Dorf Chokoliguda mußte Anfang der 80er Jahre dem „Mehrzweck-Projekt“ Upper Kolab Damm weichen. Das Projekt, das 1976 in der Nähe der Stadt Jeypore begann und zehn Jahre später zum Abschluß gebracht wurde, sollte fast 100 000 Hektar Ackerland bewässern, künstliche Bewässerungskanäle für über 22 000 Hektar Land füllen und bis zu 240 MW Elektrizität erzeugen. „Große Vorkommnisse von Eisen, Kalkstein, Bauxit und Mangan und einige Mengen von Muskovit und Graphit zählen zu den Naturschätzen im Koraput Distrikt. Nach ihnen kann in entsprechender Weise gesucht werden, wenn die notwendige Energie-Versorgung sichergestellt ist“, hieß es in einem Schreiben der Regierung Orissas von 1976. Suboti Mudulis Dorf zählte zu den 149 Dörfern, die ganz oder

teilweise von dem Projekt betroffen waren. Für über 50 000 Menschen änderte sich das Leben. Davon waren 26 600 Adivasi.

Entwicklung im Fünf-Jahres-Rhythmus

Der Weg, den Indiens Wirtschaft gehen soll, wird seit 1951 in Plänen festgehalten, die jeweils für die kommenden fünf Jahre Maximen und Konzepte aufstellen. Eine Planungskommission, die erstmalig im März 1950 eingesetzt wurde, hat bislang neun Fünf-Jahres-Pläne und einige Jahrespläne vorgelegt. Von Bedeutung sind dabei vor allem der zweite und der achte Plan. In den Jahren 1956 bis 1961 lag der Schwerpunkt der Wirtschaftsplanung nämlich nicht mehr wie im ersten Plan auf dem ländlichen Sektor und den Kleinindustrien, sondern bei dem Aufbau einer Infrastruktur für großindustrielles Wachstum. Megaprojekte, darunter auch viele Staudämme, wurden als „Tempel des modernen Indiens“ gepriesen. Bis 1974 hielt diese Entwicklung an, mit dem Resultat, daß Arbeitslosigkeit und Armut auf dem Land zunahmen. Nun rächte sich die Vernachlässigung der Landwirtschaft, und 1974 rief die Regierung Indira Gandhis den nationalen Notstand aus. Die nächste Krise ließ nicht lange auf sich warten: Ende 1990 sah sich das Land einer hohen Haushalts- und Auslandsverschuldung gegenüber. Auf Druck von Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IWF) läutete die Regierung unter Narasimha Rao 1991 die „New Industrial Policy Resolution“ ein, die ein neues Reformprogramm vorantreiben wollte. Tatsächlich krepelten die weitreichenden Reformen bei der Handels-, Währungs-, Finanz- und Steuerpolitik die indische Wirtschaft in eine offene und wenig reglementierte Marktwirtschaft um. Der achte Plan leitete eine Ära der Liberalisierung und Globalisierung ein, welche das Land für internationales Kapital öffnete. Kritiker behaupteten, daß dies dem Ausverkauf nationaler Interessen gleichkam.

Sieben Jahre später spricht die Weltbank von ersten Erfolgen bezüglich der indischen Marktöffnung und der Stabilisierung des Landes. Wenn man die mindestens 200 Millionen Menschen starke Mittelschicht betrachtet, die sich einem ungeahnten Konsumrausch hingeben kann, mag diese Aussage sogar berechtigt sein. Doch die große Mehrheit der Bevölkerung auf dem Land, rund 40 Prozent, sowie erhebliche Teile der städtischen Bevölkerung sind arm oder extrem arm. Legt man die regierungsamtlichen Armutszahlen zugrunde, die nur auf den lebensnotwendigen Kalorienbedarf eingehen, müssen knapp 177 Millionen Menschen als extrem arm bezeichnet werden. Ein UN-Bericht hingegen geht von rund 420 Millionen Indern in absoluter Armut aus. Viele dieser Menschen machen sich keine Hoffnung auf eine Verbesserung ihrer Lebenssituation, denn oft verschlimmern Megaprojekte und Großindustrien sie sogar noch. Industrielle Entwicklung braucht Platz, und nicht selten ausgerechnet den, auf dem sich die arme Landbevölkerung mit Subsistenzwirtschaft gerade über Wasser hält.

1993 bezeichnete man auf der UN-Weltkonferenz zum Thema Menschenrechte die Aneignung von privatem oder gemeinschaftlichem Land als „große Verletzung der Menschenrechte“. In Indien wird dies jedoch seit dem zweiten Fünf-Jahres-Plan fast ohne Unterbrechung praktiziert: Industrie- und Entwicklungsprojekte haben Vorrang. Seit 1991 mischen dabei auch die Industrieländer kräftig mit, und zwar mit zwielichtigen Absichten, wie Walter Fernandes kritisiert: „Die Industrieländer wollen Zugang zu unserem Markt und zu unseren billigen Arbeitsplätzen. Gleichzeitig soll sich Indien allerdings um bessere Arbeitsbedingungen und das Verbot von Kinderarbeit einsetzen. Das widerspricht sich doch!“ Der Soziologe, der sich am „Indian Social Institute“ in Neu Delhi seit vielen Jahren mit der Erforschung der Ureinwohner beschäftigt, ist überzeugt davon, daß alle armen Menschen in Indien von den multinationalen Unternehmen betroffen sind. Vor allem aber die Stämme: „Die Industrieländer müssen sich eine globale Weltanschauung aneignen, denn sie sind es, die durch das Vertreten ihrer eigenen wirtschaftlichen Interessen die Adivasi-Gemeinschaften zerstören. Genau deshalb kommt es dann wieder zu Zwangsarbeit und Kinderarbeit.“

Walter Fernandes ist jedoch weit davon entfernt, seine Kritik nur einseitig gegen die Industrieländer oder die Weltbank zu richten. Zwar vollzog sich auf Druck der internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung die Marktöffnung, doch „was wir ohne deren Vorgaben machen würden, wäre auch nicht viel besser“. Dem engagierten Mann, der gerade wieder ein Buch über die Vertreibung der Armen von ihrem Land herausgebracht hat, geht es in erster Linie darum, dieser Vertreibung Einhalt zu gebieten, bzw. für eine klare Politik der Rehabilitation zu kämpfen. „Kürzlich erschienene Studien belegen, daß es immer die Adivasi, die Wald- und Bergbewohner sind, die am meisten unter einer Vertreibung leiden“, führt er in seinen neuesten Untersuchungen an. „In ihren Gebieten liegt zwar der Großteil der indischen Naturschätze, doch profitieren von deren Gewinnung in Wirklichkeit nur die Mittel- und Oberschicht.“ Walter Fernandes geht von 21 Millionen Menschen in ganz Indien aus, die von 1950 bis 1991 auf Grund von Staudämmen, Minen, Wildreservaten und Industrievorhaben ihre Heimat verlassen mußten. „Die von einer Umsiedlung betroffenen Menschen gelten immer als die Nutznießer von immensen Entschädigungen. Aber selbst die Regierung gibt zu, daß 75 Prozent dieser Betroffenen bis heute noch keine Entschädigung erhalten haben.“ Und deshalb kämpft Fernandes für eine „Nationale Rehabilitations-Politik“, über die Indien bis zum heutigen Tag nicht verfügt. Nirgendwo ist gesetzlich verankert, welche Leistungen Unternehmen erfüllen müssen, wenn sie Menschen umsiedeln. Bereits 1993 wurde ein erster Entwurf für eine verbindliche Vorgehensweise auf nationaler Ebene aufgesetzt. Walter Fernandes wartet noch immer auf den Abschluß.

Übrigens: Für den Braunkohletagebau Garzweiler II sollen elf Orte mit insgesamt 7 100 Einwohnern weichen. Ob sich diese Menschen vorstellen könnten, ihr Haus und ihr Land zu verlieren, ohne eine angemessene Entschädigung zu erhalten?

Rehabilitations-Politik am Beispiel Rourkela

Im September 1997 verkündet die Betriebs-Zeitung des „Rourkela Steel Plant“ (RSP) unter der Rubrik „Randzonen-Entwicklung“, daß A. K. Singh, leitender Direktor des Stahlwerks, am 15. August eine kleine Gesundheits-Station im Dorf Dumerta eröffnet habe. Zudem spendete er den Bewohnern zwei Nähmaschinen sowie einige Sportutensilien. „Vor einiger Zeit hat RSP dort bereits zwei Klassenräume und einen Trinkwasserbrunnen errichtet“, heißt es abschließend.

Mitte der 50er Jahre wählte der staatliche Stahlkonzern „Steel Authority of India Limited“ (SAIL) das Dorf Rourkela im bergigen Norden Orissas für den Bau seines ersten integrierten Hüttenwerkes aus. Rourkela liegt an der Eisenbahnlinie Kalkutta-Bombay und in der Nähe nordindischer Kohle- und Eisenerzvorkommen. Die Landesregierung verfolgte mit diesem Vorhaben das Ziel, die entlegene Waldregion dem Fortschritt zu öffnen. Ein Konsortium aus 35 großen deutschen Firmen begann bald darauf unter der Leitung von Mannesmann und Krupp mit den Arbeiten, und 1959 wurde das Stahlwerk schließlich in Betrieb genommen. In seinem Länderbericht von 1996 schreibt das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit: „Trotz aller Schwierigkeiten ist das Projekt insgesamt ein Erfolg geworden. [. . .] Das Stahlwerk leistet einen wichtigen Beitrag zur Entlastung der indischen Zahlungsbilanz. [. . .] Seine Errichtung hatte erhebliche soziale und wirtschaftliche Auswirkungen für die Region Rourkela. 35 000 direkte Arbeitsplätze wurden geschaffen. Für die Beschäftigten und ihre Familien ist nach Plänen deutscher Architekten eine Siedlung für 175 000 Menschen entstanden, die als vorbildlich gilt.“

Aus dem Dorf Rourkela ist mit Hilfe von über einer Milliarde Mark aus Deutschland eine Industriestadt mit über 300 000 Einwohnern geworden. Natürlich hat dies „erhebliche soziale und wirtschaftliche Auswirkungen“. Doch reicht es in diesem Zusammenhang, die geschaffenen Arbeitsplätze und vorbildlichen Siedlungen hervorzuheben? - Louis Toppo, bis vor kurzem selbst im RSP beschäftigt, rechnet mir da eine ganz andere Rechnung vor: „Für das Land, das der Konzern benötigte, mußten 4 251 Familien umgesiedelt werden. 1 200 davon wurden entsprechend entschädigt.“ Der Rest warte noch immer auf eine neue Existenzgrundlage. Und kann vielleicht so lange warten wie das Dorf Dumerta auf das kleine Hospital. Denn Louis Toppo hält das gesamte „Randzonen-Entwicklungsprogramm“ des Stahlwerks, das erst 1975 für die verdrängten Einwohner ins Leben gerufen wurde, für einen „völligen Fehlschlag“.

Das Ziel des Programms wurde - und wird noch immer - wie folgt definiert: RSP soll die soziale Verpflichtung und Verantwortung übernehmen, die sozio-ökonomische Situation der Adivasi-Dörfer zu verbessern, die in einem Umkreis von acht Kilometern um das Stahlwerk entstanden sind. Was bedeutet, daß sich das Stahlwerk heute um 133 Dörfer sowie alle Umsiedlungs-Kolonien und -Blocks zu kümmern hat, und zwar im Sinne von Trinkwasserversorgung, Gesundheitsvorsorge, Bildung, Infrastruktur

und wirtschaftlicher Entwicklung. So weit, so gut. Bis Louis Toppo mir eine Geschichte aus der Zeit erzählt, in der er für die Randzonen zuständig war: „Eines Tages besuchte ich ein Dorf, in dem es keinen Trinkwasserbrunnen gab. Ich wollte zwei installieren und sprach deshalb mit dem Beamten vom Block, denn so ein Brunnen muß genehmigt werden. Im Büro des Beamten wartete dann eine Überraschung auf mich: In den offiziellen Büchern stand geschrieben, daß dieses Dorf bereits über drei Brunnen verfügte.“

Für Toppo steht daher fest: „Was von dem Geld, das das Stahlwerk für die Dörfer bereithält, wirklich bei den Dorfbewohnern ankommt, ist fraglich.“ Probleme tauchten immer wieder auf, da sich sowohl Beamte der Landesregierung als auch Politiker in das Programm einmischten. „Die Politiker wollen natürlich, daß die Dörfer unterstützt werden, die für sie wählen.“ Zudem prangert Toppo die teilweise „apathische Einstellung“ der Werksmitarbeiter an, die im Bereich Randzonen-Entwicklung arbeiten. „Wir brauchen Leute, die erstens eine Ahnung von der Sprache und der Kultur der Adivasi haben und die zweitens Sympathie für sie empfinden.“ Wäre dies gegeben, könnten auch die eigentlichen Nutznießer des Programms viel mehr einbezogen werden. „Ich machte damals den Vorschlag, neue Häuser nicht von einer Firma bauen zu lassen, sondern in Zusammenarbeit mit den Dorfbewohnern“, berichtet Toppo. „In zwei Dörfern habe ich das ausprobiert, und die Kosten für ein Haus beliefen sich nur auf 90 000 Rupien anstelle von 110 000.“ Dennoch wurde sein Vorschlag nicht aufgegriffen.

Daß die Ausgaben für die „Randzonen-Entwicklung“ in diesem Jahr erstmalig drastisch gekürzt wurden, nämlich von 12,5 Millionen Rupien auf 8,5 Millionen, ist für Louis Toppo ein sicheres Zeichen dafür, daß „sie das Geld nicht richtig einzusetzen wissen“. Und daß vieles auf dem Weg zwischen Stahlwerk, Landesregierung und den Dörfern verschwindet.

„So wie ich es sehe, machen wir jetzt keine Entwicklungsarbeit mehr, sondern politische Arbeit. Wir wollen den Kampf fortführen, und zwar mit Hilfe eines Netzwerkes und ungeplanten Aktionen. Allerdings werden Sie in keinem unserer Berichte über dieses politische Engagement etwas lesen. Das wäre viel zu gefährlich. Natürlich verrichten auch bei uns viele Mitarbeiter einfach ihre Arbeit und fertigt. Doch wer immer diese Vision mit uns teilen will, ist willkommen.“

William Stanley
Leiter der Nichtregierungsorganisation IRDWSI

Arbeit für die Armen

IRDWSI steht für „Integrated Rural Development of Weaker Sections in India“. Da aber auch IRDWSI ein Zungenbrecher ist, spricht eigentlich jeder, selbst die Mitarbeiter der Nichtregierungsorganisation (NRO) von

WIDA. Was wiederum diese Abkürzung eigentlich bedeutet, ist nicht ganz klar. Nichts Ungewöhnliches in diesem Land, denn der indische Zeitungsleser etwa wird tagtäglich mit so vielen Abkürzungen bombardiert, daß unverständliche Ketten von Großbuchstaben schon fast selbstverständlich geworden sind.

WIDA nahm 1981 ihre Arbeit unter den Adivasi, den Dalits und der armen Landbevölkerung auf und hat seitdem in drei südlichen Distrikten Orissas rund 340 Dörfer mit diversen Entwicklungsprogrammen erreicht. Die Vielfalt ist groß: Ganz am Anfang jedes Projektes steht sicherlich das Programm zur „Entwicklung der Gemeinschaft“. Gerade die Adivasi-Dörfer verfügen zwar eigentlich über einen beispielhaften Zusammenhalt, doch machen die Einflüsse der modernen Zivilisation auch vor ihren Türen keinen Halt. „Vom Weg abgekommene“ Gemeinschaften gilt es daher wieder zu stärken. WIDA versucht dies, indem sie Männer- und Frauengruppen organisiert. Der Frauenförderung kommt eine besondere Rolle zu, denn immer wieder heißt es: „Hat man die Frauen erst einmal erreicht, ändert sich das ganze Dorf.“ Frauen haben innerhalb der Adivasi-Gemeinschaft eine höhere Stellung als in der Hindu-Gesellschaft. „Dennoch sind sie nicht gleich“, so Walter **Fernandes**, der betont, daß „letztendlich doch der Mann seine Frau repräsentiert“. Nichtsdestotrotz erweist sich die höhere Stellung als guter Ausgangspunkt für die Arbeit der NROs. WIDA etwa kann inzwischen allein auf 80 Frauengruppen im **Semiliguda-Block** des Koraput Distriktes verweisen. In manchen Dörfern, die ich besuchte, dürfen die Frauen jetzt an wichtigen Entscheidungen teilnehmen.

„Es war zunächst schwierig, die Frauen zu erreichen“, erinnert sich Narango Puraji, eine Adivasi, die WIDA kennenlernte, als Mitarbeiter in ihr Dorf kamen. Heute arbeitet sie selbst für die Organisation. „Durch Ernährungskurse fanden wir Zugang und Vertrauen zu ihnen.“ Solche Ernährungskurse sind Bestandteil des Gesundheitsprogramms, das unter anderem das alte medizinische Wissen der Adivasi wiederbeleben will. „Früher haben wir uns bei der Heilung von Krankheiten auf unser eigenes Wissen verlassen“, so Puraji. „Erst der wachsende Einfluß der Allgemeinmedizin hat uns verunsichert. Ich möchte meinen Leuten erklären, welche Leiden sie selbst behandeln können und gegen welche schweren Krankheiten man sich impfen lassen kann.“

Die Werte, die Kultur, die Traditionen und das Wissen der Adivasi stehen auf dem Spiel. Ihre früher intakten kleinen Gemeinschaften sind anfällig geworden für „fremde“ Einflüsse. Denn heute leben sie vielfach nicht mehr so isoliert wie früher, was zum einen von Vorteil, zum anderen aber von Nachteil ist. Bei steigenden Bevölkerungszahlen und wachsender Industrialisierung wird auch ihr Platz knapp. WIDA möchte, daß diese Menschen ihre Vergangenheit, auf die andere Inder im allgemeinen eher herabblicken, nicht vergessen. So lernen etwa die Mitarbeiter von den Dorfbewohnern, wie sie ohne Düngemittel gute Ernten erzielen. Narango Puraji erklärt: „Damit bestätigen wir ihnen, daß sie sich auf ihre eigenen wertvollen Kenntnisse verlassen können.“

Aus vielen Projekten konnte sich die Organisation inzwischen wieder zurückziehen, ebenso verkleinerte man das Wirkungsfeld, um effektiver arbeiten zu können, vor allem an einem stabilen Netzwerk unter den Dorfbewohnern. William Stanley, Leiter von WIDA, formuliert das neue Ziel folgendermaßen: „Nicht mehr vorrangig mit den Menschen arbeiten, sondern mit dem von ihnen aufgebauten Netzwerk.“ Und das heißt „Local Unawana Sangha“, kurz LUS, und bedeutet in etwa „Entwicklungsgesellschaft der Menschen“. Nach Möglichkeit wird jeweils ein Bewohner eines Dorfes Mitglied in der LUS, die nur aus dem eigentlichen „Klientel“ von WIDA besteht. Basu dev Jani hat diese Aufgabe für das Dorf Jhimkiguda übernommen. Er ist gerade erst von einer großen Protestaktion im Rayagada Distrikt zurückgekehrt. „4 000 Menschen sind dort zusammengekommen, um über die Auswirkungen einer geplanten Unternehmensansiedlung zu diskutieren“, berichtet er. Und das bringt ziemlich genau auf den Punkt, was WIDA mit dem Aufbau eines Dorfbewohner-Netzwerkes erreichen will: Die „schwachen“ und armen Menschen zusammenbringen, damit sie Informationen und Erfahrungen austauschen können.

Und wie finanziert sich diese NRO? Auch durch die Töpfe der Regierung, und zwar sowohl Zentral- als auch Landesregierung. In der in Neu Delhi ansässigen „Abteilung für Wissenschaft und Technologie“ hat WIDA einen verlässlichen Partner und Geldgeber der Zentralregierung gefunden. Die Landesregierung hält ebenfalls verschiedene Fonds für die Verbesserung der Lebenssituation der „Schwachen Schichten“ bereit. „Wir nehmen regelmäßig an den Treffen auf Distrikt-Ebene teil“, erklärt William Stanley. Dennoch ist nicht alles eitel Sonnenschein. Stanley geht sehr kritisch mit dieser Kooperation um: „Fest steht, daß sich über Jahre hinweg trotz der Förderprogramme der Regierungen nur wenig bewegt hat. Es gibt viele NROs, die sich aus den **Regierungs-Töpfen** bedienen und ihre eigentlichen Ziele aus den Augen verlieren. Mein Grundsatz lautet: Die staatlichen Fonds nutzen, aber nie die eigene Unabhängigkeit verlieren.“ Daß WIDA diesen Grundsatz beibehalten kann, hängt sicherlich auch mit der ausländischen Unterstützung zusammen: Zum einen stellt der Lutherische Weltbund finanzielle Mittel bereit. Zum anderen wird WIDA von deutscher Seite aus bereits seit vielen Jahren von der Evangelischen Zentralstelle für Entwicklungshilfe (EZE) gefördert. Im Arbeitsbericht 1995 heißt es: „Die EZE unterstützt Organisationen, die bei Regierungen und multilateralen Organisationen im Interesse der Armen Einfluß nehmen wollen.“

Vorhang auf für die Projektgruppe Kommunikation

Gegen sieben Uhr abends hält die **WIDA-Projektgruppe** „Kommunikation“ Einzug in das Dorf Porja **Pungar**. Kaum fahren die beiden Jeeps vor, hängt eine Traube von Kindern bereits neben den Fahrzeugen und schaut neugierig, was da alles ausgeladen wird. Soweit die Kinder überhaupt etwas

erkennen können, denn bis auf wenige schwache Lichterquellen ist die Nacht schwarz. In Porja Pungar gibt es keine Elektrizität. Wer sich hier ohne eine Kerze oder einen kleinen brennenden Ast aufhält, tappt im Dunkeln. Bis auf die Porjas selbst vielleicht, ein **Adivasi-Stamm**, der über Jahrtausende hinweg ohne Strom zurechtgekommen ist.

Die **WIDA-Mitarbeiter** jedenfalls brauchen Licht und haben einen Generator mitgebracht. Und den gilt es nun als allererstes zum Laufen zu bringen. Doch wie so oft: Es ist kein Verlaß auf die Technik. Nach fünf Minuten ohrenbetäubenden Lärms gibt die Maschine noch einige letzte Laute von sich, bevor wieder absolute Ruhe - und absolute Finsternis - herrscht. Aber wir sind in Indien, und niemand regt sich über diese Panne auf. Weder die Mitarbeiter von **WIDA**, die gelassen versuchen, den Fehler zu beheben, noch die hier lebenden Porjas, die vielmehr ihr Möglichstes tun, die anderen zu unterstützen.

Da ist er wieder, der Krach. Der Generator läuft, rasch werden die hellen Glühbirnen in den Ästen der Bäume verteilt. Die Musiker bauen ihre Trommeln auf, hohe Pfähle werden in die Erde gerammt, und das **darüber** liegende Tuch spannt sich wie ein Theaterzelt. Langsam füllen sich auch die „Zuschauerränge“, die von den Abgrenzungen und Vorbauten der kleinen Hütten gebildet werden. Aufregung, Neugier, Anspannung, Lachen - all dies scheint in der Luft zu liegen. Wann kommt es schon vor, daß sich andere Menschen so viel Mühe für die **31 Porja-Familien** von Punga Porjar geben?

Die allgemeine Aufregung gibt mir Gelegenheit, stilles Mäuschen zu spielen. Zum einen halte ich mich bereits seit mehreren Stunden in dem Dorf auf, zum anderen ist die bevorstehende Aufführung jetzt viel interessanter geworden. So sitze ich relativ unbemerkt inmitten der anderen und kann begünstigt durch die Lichtverhältnisse unverhohlen beobachten.

Ein letztes Mal an diesem Tag gehen die Frauen mit ihren großen Krügen zum Brunnen. Die Handpumpe schnellt hoch und runter, Wasser strömt in die Schalen. Mit geschickten Handbewegungen und ohne unnötiges Wasser zu vergeuden werden die Reste des Abendessens entfernt. Eine letzte kurze Wäsche des eigenen Körpers, den Schmutz der harten Arbeit auf dem Feld wegspülen. In kleinen Scharen rennen die Kinder von Hütte zu Hütte, einige von ihnen sind immer noch nackt, obwohl der Abend empfindlich kalt ist. Die meisten Porjas haben sich inzwischen ein großes Tuch um die Schultern gelegt. Eine alte Frau mit schlohweißen Haaren zündet sich eine aus Tabakblättern gerollte Zigarette an. Ihr breites Lachen enthüllt einen fast zahnlosen Mund. Wie schön wäre es in diesem Moment, die Sprache der Porjas zu verstehen, an ihren Gedanken teilzuhaben. Wenn ich sie jetzt fragen würde, würden sie mir wie immer bereitwillig Auskunft geben. Doch meine westlich geprägten Fragen scheinen sie manchmal durcheinanderzubringen und holen deshalb nur einen Bruchteil von dem, was sie wissen, was sie fühlen, wovor sie Angst haben, an die Oberfläche.

Gong!!! - Die Theateraufführung beginnt. Die Projektgruppe, die seit mehreren Tagen an ihrem Programm gearbeitet hat, stimmt ein Lied an.

Doch es ist keines zum Mitsingen. Die Porjas sollen auf die Worte achten, ganz aufmerksam sein, wie der Mann am Mikrofon ihnen zu verstehen gibt. Das Lied handelt von „Education“, eines der vielen Schlagwörter, die fast jede NRO in ihr Programm aufgenommen hat. Da ist er wieder, der Hinweis, wie wichtig eine gute Ausbildung ist, auch für die Mädchen.

Nach mehreren Liedern und einem Tanz folgt das Theaterstück. Es handelt von einem Adivasi, der gern zur Flasche greift. Die Sucht zieht ihm das letzte Geld aus der Tasche. Was bleibt, ist der Gang zum Geldverleiher, dem verhaßten „Moneylender“. Doch welches Pfand kann der Abhängige noch hinterlegen? Nur die eigene Arbeitskraft und die seiner Söhne. So ist es schnell passiert, daß zwei Generationen als Tagelöhner enden, unter schlechten gesundheitlichen Bedingungen und für ein Minimum an Geld. Keine Chance, die Schulden jemals wieder begleichen zu können. Aber ein um so größeres Risiko, an Tuberkulose zu erkranken und durch horrenden Arztrechnungen noch weiter in den Strudel der Abhängigkeit zu geraten. - Das Stück hat kein Happy-End: Der Vater stirbt, seine Söhne bleiben in den Krallen des Geldverleihers gefangen. Wir sind hier in Indien, und die Realität kann hart sein.

Die Vergangenheit ist mir lieber

„Früher haben wir von dem gelebt, was der Wald uns gegeben hat. Geld spielte keine Rolle. Mit fünf Rupien konnten wir zum Markt gehen und einkaufen und immer noch mit drei Rupien ins Dorf zurückkehren. Heute haben wir mehr Geld, aber wir bekommen weniger dafür. Mir ist die Vergangenheit lieber als die Gegenwart.“

Bangru Nayak ist der Village Headman von Jhimkhiguda, einem Dorf im Semiliguda-Block des Koraput Distriktes. Der Dorfälteste sitzt vor seinem Haus, ein kleines Mädchen ist auf seinem Schoß eingeschlafen. Liebevoll streichelt er ihr von Zeit zu Zeit über die Haare. Wie alt mag Bangru Nayak sein? Er weiß es nicht. Graue Strähnen durchziehen Schnauzbarthaar und Haare, der Körper ist mager, aber durch die jahrelange harte Arbeit auf den Feldern muskulös. Ein altes Unterhemd und ein knappes Tuch um die Hüften, das ist seine Bekleidung. Mir zuliebe erinnert er sich jetzt an die Vergangenheit, versucht, die Veränderungen, die WIDA in seinem Dorf bewirkt hat, zu erklären. Von 1985 bis 1995 arbeitete die Organisation mit den 21 Kuvi-Familien zusammen. „Als drei Mitarbeiter von WIDA in unser Dorf kamen, waren wir erst sehr skeptisch. Bis dahin hatten wir noch nie von Entwicklungsarbeit gehört und konnten uns überhaupt nichts darunter vorstellen.“ Doch die Entwicklungshelfer wußten sich selbst zu helfen: Sie begannen mit einer Art Aufklärungskampagne über Alkohol. „Das war damals ein großes Problem für uns“, gibt Bangru zu. „Die Wirkungen unsere eigenen Mischungen können wir sehr gut abschätzen, aber das Zeug, was uns die Händler verkaufen, das wirkt wie Gift in unserem

Körper." Die Informationen, die sie erhielten, ließen sie verstehen, warum die „hochprozentige Ware von draußen" sie so veränderte, und sie erkannten, daß die „Fremden" ihnen damit geholfen hatten.

Dennoch: „Wir verstanden immer noch nicht, was WIDA mit uns vorhatte." Erst als Stanley William Bangru Nayak und einige Bewohner von 30 anderen Dörfern zu sich einlud und somit ein Forum der Diskussion schuf, wurde den Kuvis von Jhimkhiguda allmählich klar, welche Absichten und Ziele die Organisation verfolgte. Unter den Teilnehmern der Diskussion fanden sich nämlich auch Kuvis, mit denen WIDA die Arbeit bereits aufgenommen hatte. „An diesem Tag konnten viele Fragen geklärt werden."

Die erste Hürde war genommen: Skepsis konnte weichen und durch ein gewisses Grundvertrauen ersetzt werden. Es folgten Puppenspiele, in denen Probleme und Sorgen der Kuvis aufgegriffen wurden. Es folgten Vorschläge für konkrete Änderungsmöglichkeiten, so daß die Kuvis selbst entscheiden konnten, wie und wann sie etwas ändern wollten. Es folgte der eigene Entschluß der Kuvis, einen Dorfrat zu gründen, der sich mit allen auftretenden Konflikten und Schwierigkeiten beschäftigen sollte. Es folgte auch ein Gegenbesuch von Stanley William in Jhimkhiguda, ein Besuch, an den sich Bangru Nayak noch genau erinnert: „Stanley kam, und wir zeigten ihm unseren Sadar, den Platz, an dem wir uns regelmäßig beratschlagen." Auf halber Höhe der Dorfstraße liegen mehrere große Steinplatten in Form eines Kreises. „Wir sagten Stanley: ‚Das ist wie ein High Court'. Er nickte und fragte nur: ‚Und was macht ihr, wenn es regnet?'" Bangru hält inne, ein Lächeln liegt auf seinem Gesicht. Schließlich fährt er fort: „Stanley spendete uns 1 000 Rupien, um ein Gemeindehaus zu bauen. Aber wir haben es auch ohne das Geld geschafft, nur mit unserer eigenen Kraft. Von den 1 000 Rupien haben wir dann lieber Chili gekauft und ihn für einen höheren Preis weiterverkauft." Der Anfang war gemacht: Die Kuvis lernten, vorausschauend zu denken und ein Verständnis für ihre zukünftigen Bedürfnisse zu entwickeln.

Über zwei Jahre, nachdem WIDA sich aus dem Dorf zurückgezogen hat, verfügen die Kuvis von Jhimkhiguda über beträchtliche Ersparnisse: Sie achten nicht nur darauf, daß sie jedes Jahr bei jeder Ernte genügend Getreidevorräte für Notzeiten anlegen, sondern verwalten derzeit sogar 13 250 Rupien. Eine Menge Geld auf dem Land, eine Menge Geld für Adivasi. „Als wir uns dafür entschieden, einen solchen Fonds einzurichten", erklärt der Dorfälteste, „haben wir von jeder Familie 50 Rupien eingesammelt. Wenig später konnten wir unsere Wasserpumpe an die Zementfabrik verleihen, die uns Geld dafür zahlte. Und für die Leute von der Regierung haben wir Pflanzen aufgezogen, die sie für ein Aufzuchtungsprojekt hier in der Gegend benötigten. Das hat uns 5 700 Rupien eingebracht."

Mit den Ersparnissen möchten die Dorfbewohner nun eigentlich die Wasserversorgung ihrer Äcker verbessern. Das Land ist trocken, die Erde enthält nicht genug Wasser, um zweimal im Jahr eine Ernte hervorzu-

bringen. Das Problem ist, daß viele Regionen Indiens zwar doppelt so viel Regen erhalten wie Mitteleuropa, diese Menge jedoch in nur drei Monaten niedergeht. Daher stehen die Menschen seit jeher vor der schwierigen Aufgabe, Wasser zu speichern, um die trockenen Sommermonate zu überbrücken. In Jhimkhiguda haben sich die Kuvis für „lift irrigation“ entschieden: Sie möchten mit Hilfe von Elektromotoren Wasser aus dem nahegelegenen Fluß auf ihre Felder pumpen. Eine teure Angelegenheit, die ohne finanzielle Unterstützung durch Förderprogramme der Regierung nicht zu schaffen ist. Und obwohl Bangru Nayak seine Ansprechpartner auf Block- und Distrikt-Ebene kennt, gestaltet sich die Umsetzung ihrer Pläne schwierig. „Es waren schon so viele Politiker hier“, sagt er resigniert, „und alle haben mir versprochen, daß sie uns helfen wollen. Doch was ist bis jetzt passiert? Nichts.“

Sie haben Geld, und sie haben gelernt, damit umzugehen. Sie wissen jetzt auch, wie sie ihre Felder gewinnbringend nutzen können. Trotzdem geht mir ein Satz nicht aus dem Kopf. - „Mir ist die Vergangenheit lieber als die Gegenwart.“ - Von alleine hätten sie nicht gelernt, wie man im Indien von heute mit Geld umgeht. Von alleine hätten sie sich nicht den kapitalistischen Methoden des Marktes angepaßt. Doch sie mußten lernen, mit Geld umzugehen, sie mußten lernen, wie sie selbst Gewinne machen können. Damit sie, die Kuvis, und mit ihnen so viele andere Adivasi, Dalits und arme Menschen nicht immer die Verlierer dieser Gesellschaft bleiben.

Ich habe Angst um diese Menschen

„Die Adivasi wissen nicht, was eine Nichtregierungsorganisation macht. Man kann es ihnen nicht erklären. Man muß mit ihnen zusammenleben, ihre alltäglichen Probleme teilen. Als wir mit unserer Arbeit anfangen, haben wir ein Jahr lang in einem kleinen Dorf in den Bergen gelebt. So lange hat es gedauert, Vertrauen aufzubauen. Oder für unsere Mädchenschule, da mußten wir von Hütte zu Hütte ziehen und die Eltern von der Bedeutung einer guten Ausbildung erst überzeugen. Natürlich haben wir selbst während dieser ersten Zeit auch dazugelernt. Ich sage jetzt immer: Lieber zweimal nachdenken, bevor einmal aktiv werden. Aber wenn ich ehrlich bin, habe ich Angst, was aus diesen Menschen werden soll. Sie können ihre Zukunft nicht ausdrücken, sie leben im Jetzt. Und Veränderungen gehen nur sehr langsam vonstatten. Die Frage ist nur, ob wir soviel Zeit haben. Die junge Generation geht aus den Dörfern heraus, weil sie meint, ihr Glück in den Städten zu finden. Niemand sagt ihnen, daß sie dort noch viel weniger wert sind als auf dem Land. Denn dort verlieren sie ihre Identität als Adivasi für immer.“

Subasito Patro ist ein Mitarbeiter der Organisation „Liberation, Education & Action for Development“ (LEAD), die durch die Arbeit von WIDA

entstanden ist. Obwohl LEAD von WIDA unterstützt wird, betrachtet man sich als eigenständig und arbeitet derzeit mit 38 Adivasi-Dörfern. Hinzu kommen eine Schule für Adivasi-Mädchen sowie zwei Slum-Projekte. Sowohl WIDA als auch LEAD sehen ihren Ursprung in den Bemühungen der Jeypore-Kirche.

„Früher war ich ein Jharkhand Mukti Morcha-Aktivist. Aber ich habe die Partei verlassen, um auf dem Land mit den Menschen zu arbeiten. Die Politik verändert hier doch nichts. Die führenden Politiker der Jharkhand-Bewegung unterscheiden sich auch nicht von den anderen. Alle gehen nur ihren eigenen Interessen nach.“

Narayan Soren, Santhal

„Seit 1962 fühle ich mich mit der Jharkhand-Bewegung verbunden. Ich würde mich als freiwilligen Aktivistin bezeichnen, der an den Programmen aller Jharkhand-Parteien interessiert ist. Ich will die Dorfbewohner über die politischen Entwicklungen informieren.“

Kanuram Hasda, Santhal

„Als Teilnehmer in der Studenten-Bewegung glaubte ich an ein eigenes Jharkhand. Aber unser eigener Staat wurde keine Wirklichkeit. Die Jharkhand-Parteien sind für uns ohne Nutzen. Ich glaube nicht mehr an ihre Politik.“

Boden Hembrom, Santhal

Das Land des Waldes

Die Jharkhand Region im östlichen Zentralindien umfaßt insgesamt 27 Distrikte der vier Bundesstaaten Bihar, Orissa, West Bengal und Madya Pradesh. Der Süden Bihars macht dabei den Kern einer politischen Bewegung aus, die den Namen „Jharkhand-Movement“ trägt. Auf fast 200 000 Quadratkilometern leben hier etwa zehn Millionen Ureinwohner; die zahlenmäßig größten Stämme sind die Mundas, Santhals, Hos, Oraons und Kharias. Sie haben den Begriff Jharkhand geprägt. Jharkhand bedeutet „Land des Waldes“, und die Jharkhandis sind seine ursprünglichen Bewohner.

Aufgrund seines Reichtums an Bodenschätzen - viele sprechen von dem industriellen Rückgrat der Nation - ist die Bergregion zum Zentrum der Schwerindustrie entwickelt worden. Zwar machen die 27 Distrikte nur

2,5 Prozent von Indiens Gesamtfläche aus, doch liegen hier 40 Prozent aller Mineral-Vorkommen. Und es herrscht das „Diku-Gesetz“. Die Adivasi haben den Begriff „Diku“ geprägt. Sie bezeichnen damit die Menschen, die von außen in ihre Gebiete eindringen und eine Veränderung mit sich bringen, die für sie schlechte Konsequenzen hat. Diku ist der fremde Eindringling, dem niemand freundlich gesinnt ist. Diku-Gesetz gleich Diku-Ausbeutung, so einfach lautet die Formel.

Die Angehörigen der Stämme wehren sich gegen Ausbeutung, Landraub und Zerstörung ihrer Lebenswelt durch die fremden Einwanderer und die Regierungen und fordern ihren eigenen Staat Jharkhand innerhalb der indischen Union. Auf diese Weise wollen sie für einen gerechten Anteil am Reichtum ihres Landes kämpfen. Sie verlangen, daß sie die Ressourcen auch für ihre eigenen Bedürfnisse nutzen können und wollen dem Export der Güter ein Ende setzen. Sie sprechen von einem Ausverkauf des Landes: „Mit unseren Naturschätzen verschwindet auch der Reichtum aus unserer Region“, sagt etwa Mathew Areeparampil, der in Chaibasa im West-Singhbum Distrikt Bihars ein „Tribal Research & Training Center“ (TRTC) leitet. Seit vielen Jahren widmet er sich dort der Erforschung und den Belangen der Adivasi, im besonderen des Ho-Stamms, der in diesem Gebiet ansässig ist. Zudem sammelt und analysiert er Daten und Fakten über den eigenen sowie angrenzende Distrikte und verfolgt detailliert „die Veränderungen im Land, die nicht selten zu Aufständen unter den Bewohnern führen“, wie er sagt. „1978 etwa begann hier ein regelrechter Waldkrieg. Die Adivasi protestierten gegen die Zerstörung ihrer Wälder durch die fremden Eindringlinge, indem sie selbst wertvolle Bäume fällten. Sie wußten sich einfach nicht anders zu helfen, das war ihre Antwort auf die Gesetze der Regierung, die bereits 1973 den Handel mit Holz offiziell eröffnet hatte.“

Inmitten von 2 000 Büchern, die größtenteils von der Lebenssituation und den Problemen der Adivasi handeln, und über 40 Studien, die das TRTC seit 1981 angefertigt hat, kann Mathew Areeparampil über alles Auskunft geben, was für diese Region von Bedeutung ist. Ihm selbst liegt vor allem die Bildung der Hos am Herzen: Er hat rund 150 Abendklassen in den Ho-Dörfern um Chaibasa aufgebaut, damit diese Menschen eines Tages in der Lage sind, ihr eigenes Schicksal zu bestimmen. „Der Ausbeutung muß ein Ende bereitet werden, und dann müssen die Hos entscheiden, was mit ihrem wertvollen Land geschehen soll.“ Die beiden Distrikte Ost- und West-Singhbum sind reich an Naturschätzen: „Wir haben hier die größten Mineralvorkommen im ganzen Land“, so Areeparampil, „und noch dazu weitreichende Waldbestände.“ Doch der Einfluß der Fremden, die in diese Region strömten, werde immer größer: „1872 etwa zählten 95 Prozent aller Einwohner zu den Dalits, den Adivasi oder zur armen Landbevölkerung“, zieht er eine Studie heran. „1991 machten sie hingegen nur noch knapp 48 Prozent aus. Die ursprüngliche Bevölkerung wandert aus und die Dikus ein.“ Von 1951 bis 1971 erhöhte sich deren Anzahl in Singhbum von 200 000 auf 300 000.

Auf der Suche nach der richtigen Politik

Die Anfänge der Jharkhand-Bewegung gehen bis in das 18. Jahrhundert zurück. Damals übernahmen die Briten die Kontrolle über die Region und errichteten ein systematisches Steuersystem, dem 1793 auch der Besitz von Land unterstellt wurde. Zum ersten Mal in der Geschichte von Jharkhand mußten die Stammesangehörigen Steuern zahlen, und die Dorfältesten wurden in die Rolle von Geldeintreibern gedrängt. Das Resultat dieser Veränderung waren zahlreiche Aufstände, die unter anderem im Jahr 1831 in der „Großen Kol-Revolte“ endeten.

Betrachtet man jedoch die ersten politischen Entwicklungen dieser Bewegung, die ersten Forderungen nach einem eigenen Staat, so läßt sich der Beginn dieser Phase mit dem Jahr 1938 markieren. Zu diesem Zeitpunkt gründete sich eine politische Bewegung, die nur aus Adivasi bestand und sich für deren Belange einsetzen wollte. Zwölf Jahre später wandelte sich die Organisation zur „Jharkhand-Partei“, die 1952 einen sensationellen Erfolg bei den Regierungswahlen in Bihar verzeichnen konnte: Als größte Opposition gewann sie 32 Sitze im Landtag.

Doch der erste Erfolg sollte der größte bleiben, das sensationelle Ergebnis sich nie wieder einstellen: Die Partei schaffte es nicht, den eigenen Staat auf der politischen Bühne durchzusetzen, und meinte schließlich, nur gemeinsam mit der Congress-Partei sei dies zu schaffen. Die Mehrheit der Jharkhandis teilte diese Auffassung aber keineswegs, so daß die Anzahl der Wähler und somit auch die Sitze schrumpften. Zunächst auf 19, dann auf sieben. Die Jharkhand-Partei verkörperte nicht länger die Interessen der Adivasi, denn auch in der Partei hielten die Dikus Einzug. Im Laufe der Zeit sind viele Parteien entstanden, die vorgeben, sich für Jharkhand und die Adivasi einzusetzen: Die Jharkhand-Partei zerfiel und gebar die „All India Jharkhand Party“; die „Jharkhand Mukti Morcha“ mit einer eher links-gerichteten Ideologie entstand 1973, teilte sich seitdem aber ebenfalls immer wieder auf. 1986 folgte die Geburt der „All Jharkhand Students Union“, die sich für ein „Jharkhand Koordinations Komitee“ einsetzte, das ein Jahr später mit insgesamt 53 verschiedenen Parteien, Gruppen und Organisationen ins Rennen ging. Und wie um das Faß voll zu machen, sprang auch die „Bharatiya Janata Party“ (BJP), die viele in Indien als gefährlich Hindu-nationalistisch ansehen, auf den Jharkhand-Wagen auf und verkündete, man werde sich für einen eigenen „Vananchal“ Staat einsetzen, der zwar etwas kleiner, aber ansonsten sehr viel Ähnlichkeit mit Jharkhand hat.

Und wer verlor während all dieser Zeit komplett den Überblick? Die Adivasi in den Dörfern, deren Situation durch die Gründung der Jharkhand-Partei ursprünglich überhaupt verbessert werden sollte. So ist es denn kein Wunder, daß die meisten das Vertrauen in die Politik vollends verloren haben. „Die politischen Parteien reden im Namen der Menschen, aber sie haben dieses Recht schon lange verwirkt“, meint Stan Lourduswamy, der der Gruppe JOHAR angehört. Die „Jharkhandi's Organisation for Human

Rights“, die sich um Gerechtigkeit im Umgang mit Adivasi bemüht und in diesem Sinn berechtigte Proteste der Dorfbewohner stärkt, arbeitet Hand in Hand mit vielen Organisationen, hält sich von der Politik jedoch fern. „Wir setzen unsere Hoffnung nicht auf die existierenden Parteien“, so Lourduwamy, „denn die sind mittlerweile alle von der herrschenden Klasse in diesem Land unterwandert. Unsere Politiker freuen sich über ihre Macht und die Annehmlichkeiten des Luxus.“ Stattdessen hoffe man darauf, daß sich die Menschen auf dem Land selbst in starken Bewegungen zusammenschließen. „Die Adivasi entscheiden immer im Konsens, wem sie das Vertreten ihrer Interessen anvertrauen, und das sind ganz sicher nicht mehr die Leute in den Parteien“, erklärt der JOHAR-Aktivist. „Aber wenn sich die Adivasi dieser Region zusammentun, können sie neue Führer wählen, die ihren eigenen Reihen entstammen.“

Bereits eine Station vor Chaibasa, in Rajgangpur im Norden Orissas, war mir eine ähnliche Meinung über den Zustand der *Jharkhand-Bewegung* zu Ohren gekommen: „Der Jharkhand-Bewegung fehlt sowohl eine richtige Strategie als auch eine Ideologie. Die Politiker setzen dem zunehmenden Landverlust der Menschen nichts entgegen. Sie schreien nach ihrem eigenen Staat, ohne zu merken, daß davon vielleicht bald nichts mehr übrig ist. Die Ausbeutung der Naturschätze nimmt einfach kein Ende. Wenn Jharkhand einmal Wirklichkeit wird, ist wahrscheinlich nichts mehr da, was man überhaupt noch entwickeln kann.“ Es ist der evangelische Theologe Anand Sabyan Hemrom, ein Angehöriger des *Munda-Volkes*, der dieses Urteil fällt. In einer umfangreichen Arbeit, der „Theologischen Bewertung der Jharkhand-Bewegung“, hat er sich intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt. Und auch er kommt zu dem Schluß: „Wir müssen selbst erwachen, wir müssen endlich anfangen zu denken.“

In seiner eigenen Gemeinde *Zarakudar* versucht er dies ganz im Stillen zu verwirklichen. Er hat sich auf eine „Operation Garten Eden“ eingelassen, damit seine Leute nicht passiv auf das Leben im Himmel nach dem Tod warten, sondern sich heute und jetzt ihr Paradies auf Erden schaffen. Sein Projekt sieht vor, den Gemeinschaftssinn durch gemeinsame Arbeit und gemeinsame Ziele wieder zu stärken: Es sollen Bäume angepflanzt werden, deren Holz in 25 Jahren sehr viel wert ist. Obstbäume sowie Gemüse stehen ebenfalls auf dem Anbauplan, anstelle von Reis, Reis und nochmals Reis. „Da fängt das Denken ja schon an“, so Hemrom. „Wir sollten nicht allen Gewohnheiten nachhängen und immer den Reis als Hauptnahrungsmittel ansehen. Wenn zu bestimmten Jahreszeiten sehr viel Gemüse geerntet werden kann, dann sollte das auf unserem Teller liegen, und den Reis können wir dann aufsparen.“ Doch seine Leute davon zu überzeugen, ist nicht ganz so einfach. Zu stark sind die „alten Denkstrukturen“, zu wenig wird überhaupt an die Zukunft gedacht. „Vor allem ist vielen nicht klar, wie wichtig das eigene Land ist“, findet der engagierte Theologe. An die 75 000 Menschen aus dieser Region versuchten in jedem Jahrzehnt, ihr Glück in den Städten zu finden. Wenn sie ihr Land erst einmal verloren hätten, gäbe es keine Chance mehr:

„Denn die Arbeit in den Städten gibt ihnen zwar ohne Zweifel ihr tägliches Brot, aber sie gibt ihnen keine Gemeinschaft, keine Kultur und keine Identität.“

Eine Zufallsbegegnung

„Bei den letzten Wahlen in Bihar hat die BJP 13 Prozent der Stimmen erhalten. Die Hälfte aller Stimmen kamen aus dieser Region hier, was mich natürlich sehr freut. Meine Leute haben uns, haben mich gewählt. Ich glaube, wir sind deshalb so erfolgreich, weil wir alle zwei Jahre parteiinterne Wahlen durchführen. Keine andere Partei hinterfragt ihre Führungsmitglieder in solcher Regelmäßigkeit. Außerdem setzen auch wir uns für die Autonomie dieser Region ein. Wir wollen uns jedoch auf die südlichen Distrikte Bihars beschränken, da das viel einfacher zu verwirklichen ist. Es wäre dann zwar ein kleineres Land als die Jharkhandis es fordern, aber die Chancen stehen besser, daß die Zentralregierung dem zustimmt. Ein Jharkhand, das sich aus Teilen vier verschiedener Bundesstaaten zusammensetzt, wird man niemals genehmigen. Und wenn der Süden Bihars erst einmal Autonomie erlangt hat, kann man immer noch versuchen, andere Distrikte aufzunehmen.“

Rein zufällig treffe ich auf diesen Mann, der dem Ho-Volk angehört und als Mitglied der BJP-Partei zum Parlamentarier aufgestiegen ist. Sein Auto sprang nicht an, und so stand er am Rande der Straße, um auf den nächsten Bus zu warten. Bis er dann plötzlich hinter den Scheiben unseres Jeeps einen guten Bekannten erblickte und wie wild mit den Armen fuchtelte. Jetzt macht er es sich auf dem besten Platz im Auto gemütlich und ist froh, den Zug nach Patna, der Hauptstadt Bihars, doch noch pünktlich zu erreichen.

Auf mich wirkt dieser Mann sehr selbstgefällig, aber vielleicht lasse ich mich auch nur von der allgemein schlechten Meinung über die BJP mitreißen. Wie auch immer, irgendwie mißtraue ich ihm. Vielleicht weil er mir aus welchem Grund auch immer seinen Namen nicht verraten will, vielleicht weil er mir nichts über das Programm der Partei erzählen kann. Vielleicht weil er sich selbst widerspricht, als ich ihn über die Hintergründe des schlechten Rufs der BJP ausfrage:

„Es mag sein, daß einige unserer führenden Parteimitglieder zum fundamentalistischen Hindu-Staat neigen. Das heißt aber noch lange nicht, daß der Rest der Partei mit diesen politischen Inhalten übereinstimmt. Genau wie jede andere Partei wird auch die BJP von den oberen Klassen beherrscht.“

Wie war das mit den parteiinternen Wahlen alle zwei Jahre? Und was, frage ich mich, nützt es dem einfachen Wähler, wenn einige BJP-Mitglieder nicht einer Meinung mit den führenden Köpfen sind? Wird deshalb der Hindu-Staat unwahrscheinlicher?

Zwei Freunde

„Wir haben große Angst, daß die BJP bald auch Autonomie für Jharkhand fordert und das Wort Vananchal fallen läßt. Das würde die politisch ungebildeten Adivasi vollends verwirren. Der Unterschied zwischen den Forderungen der BJP und unseren würde verwischen.“ Ich sitze Professor Ram Dayal Munda gegenüber, einem Mann, der wie kein zweiter mit der Jharkhand-Bewegung identifiziert wird. Er gehört der Partei des Jharkhand-Volkes („Jharkhand People's Party“, JPP) an und ist Präsident einer Indischen Konföderation von Indigenen Völkern und Stämmen („Indian Confederation of Indigenous and Tribal People“, ICITP). Selbst in Deutschland ist er kein unbeschriebenes Blatt: Im Oktober 1992 kam er in Begleitung seines engen Freundes und Mitstreiters Dr. Nirmal Minz nach Bonn, um die Ministerialbeamten über die Probleme der Ureinwohner von Rourkela zu informieren. Nirmal Minz, der bis März 1996 das Amt des Bischofs in der indischen Nord-West Gossner Kirche innehatte, wohnt meinem Gespräch mit Ram Dayal Munda auch an diesem Tag bei. Beide stammen aus Ranchi, einem Ort im Süden Bihars, der in der Zeit der Briten den Ruf genoß, ein gesunder Ferienort zu sein. Davon spürt man heute jedoch nicht mehr viel: Der größte Teil der Bewaldung ist inzwischen verlorengegangen, auf der Main Road reiht sich ein Geschäft an das nächste. Unfertige neue Bauten schießen in die Höhe, und die Mieter gerade bezogener Häuser warten vergeblich darauf, daß aus den schlammigen Zufahrtswegen irgendwann einmal eine Straße wird.

„Die JPP ist aus der Studentenbewegung entstanden, von der ich übrigens sehr viel halte, denn das war 1986 endlich wieder der erste Schritt in die richtige Richtung“, erklärt Ram Dayal Munda. „Vier Jahre später haben sich einige ältere Studenten mit mir und einigen anderen erfahrenen Jharkhand-Aktivisten zusammengetan und die Partei gegründet.“ In der JPP fände man nicht nur ein paar Adivasi an der Spitze der Partei wie etwa in der Jharkhand Mukti Morcha. „Alle Mitglieder der JPP sind Adivasi und gemeinsam wollen wir uns für unsere Leute einsetzen, ihnen zeigen, was sie zu tun haben, so daß sie aufwachen und selbst die Führung übernehmen.“ Dazu zähle, daß sie eine Ausbildung in ihrer Muttersprache erhalten, daß sie selbst über die Subventionen der Regierung bestimmen, daß sie auf ihrem Land bleiben und nicht in die Städte ziehen. „Einfacher kann man sich der Adivasi nämlich nicht entledigen“, so Munda. „Sobald sie in einer Stadt wohnen, erkennen die Regierungen sie nicht mehr als Adivasi an. Sie verlieren jeglichen Anspruch auf Förderprogramme, aber noch schlimmer, sie verlieren dann auch ihre Identität.“

„Und sie werden von ihren Mitmenschen verachtet“, fügt Nirmal Minz hinzu. Er erinnert sich an viele schmerzliche Erfahrungen in seinem Leben, die ihm zeigten, mit welchen Vorurteilen selbst gebildete Inder den Adivasi gegenübertraten. Ein Erlebnis geht ihm bis heute nicht aus dem Kopf: „Als ich auf der High School war, habe ich immer mit zwei Jungs gespielt, die ebenso wie ich dem Oraon-Stamm angehörten. Wir haben uns natürlich in

unserer eigenen Sprache unterhalten. Eines Tages kam plötzlich der Direktor auf uns zu und fragte, welche Sprache wir denn da benutzen würden, die Affen-Sprache?" Nirmal Minz hält inne. Er scheint es noch immer nicht begreifen zu können: „So ein gebildeter Mensch wie dieser Direktor hat uns für minderwertig gehalten.“

Vielleicht war es diese Episode aus seinem Leben, die Nirmal Minz dazu veranlaßte, für ein Theologie-College einzutreten, an dem sieben verschiedene Stammessprachen unterrichtet werden. Gemeinsam mit seinem Freund Ram Dayal Munda gründete er außerdem einen Fachbereich für Stammes- und Regionalsprachen an der Universität in Ranchi. Und vor drei Jahren rief er schließlich einen Verein für Jharkhand-Literatur ins Leben. Von einem jedoch hielt er sich im Gegensatz zu seinem Partner immer fern: Von der Festlegung auf eine bestimmte Partei. „Ich suche Gespräche mit allen Gruppen, vor allem jetzt, da selbst die etablierten Parteien plötzlich ein Jharkhand fordern.“ Die Verwirrung, die dadurch entsteht, ist auch für Minz relativ neu: „Diese Entwicklung nahm erst vor sechs Monaten ihren Lauf. Ich glaube jedoch, daß sich nach einer turbulenten Phase die Partei herauskristallisieren wird, die sich wirklich für die Jharkhandis einsetzen will.“ Wird das die JPP sein, die jetzt ebenfalls der Strategie folgt, Autonomie zunächst nur für den Süden Bihars zu fordern? Ram Dayal Munda erklärt: „Die Menschen werden müde, auf ein Jharkhand zu warten, dem die Regierungen von vier verschiedenen Bundesländern niemals zustimmen werden.“ Man wird abwarten müssen, was in dieser Region in Zukunft geschieht. Nirmal Minz ist sicher, daß sich in nur einem Jahr ganz viel entwickeln kann.

Hilfe in Bihar

„Catholic Charities“, eine Nichtregierungsorganisation mit Sitz in Jams-hedpur, läutet eine neue Programmphase ein: „Laßt die Hos selbst entscheiden, wie sie sich Entwicklung vorstellen. Laßt sie überlegen, wie sie ihre Ziele erreichen wollen und wie lange sie ihrer Meinung nach dafür brauchen.“

Nach einer fast dreistündigen Autofahrt über schlechte Straßen und kleine Feldwege treffe ich mit Edwin Coelho und Vipin Pani in Maluka ein. Dort steht ein Trainings-Center der Organisation Catholic Charities, die in Indien als „Jan Vikas Kendra“ bezeichnet wird. Meine beiden Begleiter sind Pfarrer und haben hier in den nächsten drei Tagen ein Treffen von über 60 Bewohnern aus den umliegenden Dörfern organisiert. Es gilt, ein Resümee der letzten drei Projektjahre zu ziehen, bevor man mit dem zweiten Teil des auf fünf Jahre angelegten Programms fortfährt. Was hat sich verändert? Warum erzielen einige Maßnahmen nicht den gewünschten Erfolg? Was muß sich noch verändern?

„Allmählich sehe ich, daß ein neues Denken unter den Hos einsetzt“, meint Pfarrer Coelho, der bereits in den 70er Jahren seine Arbeit in den

Dörfern um Maluka aufgenommen und die Sprache der Hos erlernt hat. Als Beispiel zieht er die Entscheidung der Hos heran, daß man im Gesundheitsbereich unbedingt die Hilfe einer Hebamme braucht, die sich um die Geburten und die Ernährung der Schwangeren, Mütter und Säuglinge kümmern kann. „Offensichtliche Erfolge zeichnen sich jetzt in den Raten der Malaria-Erkrankungen, der Kinder- und Säuglingssterblichkeit ab. Alle drei sind gesunken.“ Doch Coelho verschweigt nicht, daß es auch Rückschläge gab. „Was den Schutz des Waldes anbelangt, haben wir sehr lange an den Hos vorbeigeredet. Ihr Lebensraum ist noch von dichtem Wald umgeben, und daher konnten sie nicht einsehen, warum sie etwa neue Bäume anpflanzen sollen.“ In Wirklichkeit nimmt die Walddichte auch in dieser Region ab, was dazu führt, daß weniger Regen fällt und die Landwirtschaft schwieriger wird. „Erst in den letzten Monaten haben einige Hos mit der Aufzucht von Bäumen begonnen“, zeigt sich Edwin Coelho erleichtert. „Unsere Erklärungen sind in ihren Köpfen angekommen.“

Die beiden Trainings-Teilnehmer Janaram und Jumru Laguri sind sich einig, daß sie sich in ihren Dörfern vor allem um einen höheren Stellenwert von Bildung einsetzen wollen: „Die meisten sind so beschäftigt mit der harten Arbeit auf den Feldern, daß sie gar nicht darüber nachdenken, wie wichtig eine gute Ausbildung ist. Das wollen wir ändern.“ Und sie tun es bereits, denn beide sind Dorf-Lehrer und haben eine „Nacht-Schule“ eingerichtet. Wenn sie vom Feld kommen, geht es geradewegs in den Unterricht.

Nur eine knappe Autostunde von Jamshedpur entfernt liegt das kleine Städtchen Ghatsila. Hier befindet sich ein Büro der „Society for Participatory Action and Reflection“ (SPAR), die ihren Hauptsitz in Kalkutta hat. Für Sumit Sen, den Leiter des Ghatsila-Projektes, erfüllte sich ein Traum, als er 1994 seine Arbeit in diesem Gebiet aufnehmen konnte. „Schon während meines Anthropologie-Studiums habe ich hier Studien durchgeführt“, so Sen, „und immer daran gedacht, daß ich gern mit den Stämmen arbeiten würde.“ Er erhielt seine Chance und bildet gemeinsam mit Dibyahas Ray, Mahendra Kumar und Abdul Matin inzwischen ein eingeschworenes Team, das es sich zum Herzenswunsch gemacht hat, rund 12 000 Santhals in insgesamt 15 Dörfern zu helfen. Das Projektgebiet liegt etwa 40 Kilometer südwestlich von Ghatsila, und Sumit Sen erinnert sich noch gut daran, daß er in den Anfängen diesen Weg oft zu Fuß zurücklegen mußte: „Autos oder Busse standen ja nicht immer zur Verfügung.“ Vielleicht haben ihn die harten Bedingungen dieser ersten Tage zu einem solch kämpferischen Redner gemacht, denn wenn es um Entwicklungshilfe für „seine“ Santhals geht, dreht der ansonsten eher stille Inder voll auf: „Wie will man diesen Menschen erklären, daß man Entwicklungsarbeit leisten will, wenn sie die in ihrem ganzen Leben noch nie erfahren haben? Diese Frage haben wir uns selbst gestellt, bevor wir in die Dörfer gegangen sind, und die einzige mögliche Antwort lautete: Erklärt ihnen erst einmal, was Entwicklungsarbeit ist, bzw. sein kann. Welche Arbeit leistet die Regierung, wie unterscheiden wir uns davon? Welche verschiedenen Ansätze

gibt es, und für welchen davon würden sich die Santhals entscheiden? Wir sind nicht in die Dörfer gegangen und haben ihnen einfach Programme übergestülpt!"

Davon kann wahrlich keine Rede sein, vielmehr suchte man nach Freiwilligen aus den Dörfern, die sich für einen Lehrgang in Sachen Entwicklungshilfe interessierten. Sie gaben ihre Erkenntnisse an den Rest des Dorfs weiter, und so fügte sich ein Stein auf den nächsten. Die Vision eines anderen, besseren Lebens entstand und konnte von den Santhals selbst mit Inhalten gefüllt werden. SPAR bezeichnet dies als die „Route zum Plan des Volkes“, die einhergeht mit der Stärkung der traditionellen Gemeinschaft und der Bildung einer zentralen Santhal-Organisation, an der sich Mitglieder aus allen 15 Dörfern beteiligen.

Was sich so zunächst recht theoretisch anhört, füllen die Dorfbewohner mit lebhaften Beispielen. „Vor einem Jahr feierten wir in unserem Dorf eine Hochzeit“, erzählt Balmat Murmu. „Wir hatten schon mit den Vorbereitungen für die traditionellen Tänze und die Trommel-Musik begonnen, als das Nachbardorf eine Anlage mit Mikrofonen installieren wollte. Wir haben uns ganz entschieden dagegen gewehrt und gesagt: Diesen modernen Einfluß lassen wir nicht in unser Dorf. Ihr dürft so etwas nicht mitbringen.“ Balmat Murmu und sein Dorf setzten sich durch. Noch heute sind sie stolz darauf, ihre eigenen Traditionen gewahrt zu haben. Das Dorf, in dem Boden Hembrom lebt, kämpft derzeit in anderer Sache. Er berichtet, daß ein Mädchen von einem Jungen aus einem anderen Dorf vergewaltigt wurde. „Normalerweise fällt unser Dorf-Rat ein angemessenes Urteil, doch diesmal spielten verwandtschaftliche Beziehungen mit und das Mädchen erhielt keine Entschädigung.“ Sein Dorf sei aber so gut organisiert gewesen, daß es sich damit nicht abfinden wollte und keine Ruhe gab. „Wir sind jetzt mit diesem Fall zur Polizei gegangen und fordern eine ordentliche finanzielle Entschädigung für das Mädchen. Und das werden wir auch erwirken“, ist er sich ziemlich sicher.

Braucht Indien einen Tee-Test für alle NROs?

Schon mal von dem Tee-Test in Tamil Nadu gehört? Nein? Na, dann will ich Ihnen die Geschichte erzählen, auf die ich im Wochenmagazin „India Today“ gestoßen bin. In Tamil Nadu gibt es ein staatliches Aids-Projekt, das Programme fördert, die Aids-infizierten Menschen zugute kommen. Regelmäßig erhält Direktor Ramasundaram Besuch von engagierten Helfern, die den Wunsch ausdrücken, sich in einer bestimmten Region oder mit einem speziellen Projekt für die Erkrankten einzusetzen. Es winken nämlich saftige staatliche Zuschüsse. Als guter Gastgeber läßt Direktor Ramasundaram jedoch erst einmal Tee servieren - und ganz nebenbei die Bemerkung fallen, daß die Dame, die den Tee gebracht hat, HIV-positiv ist. Sie können es sich denken: Fallen lassen dann auch die meisten Bewerber ihre Anträge, und der Tee wird unberührt wieder abgeräumt.

Wie viele Nichtregierungsorganisationen in ganz Indien tätig sind, weiß wohl niemand. Doch allein die Anzahl der registrierten Gruppen im Bundesstaat Bihar läßt aufhorchen: 17 000 NROs versuchen offiziell, Armut und Analphabetentum in dieser ärmsten Region Indiens zu beheben. Mit welchem Erfolg bleibt leider dahingestellt, denn von wesentlichen Veränderungen kann bislang nicht gesprochen werden. Zum einen geht die Arbeit unter den Armen nur sehr langsam voran, und zum anderen gibt es unter den NROs viele schwarze Schafe. „India Today“ legte dem Bericht über den Tee-Test in Tamil Nadu eine Schätzung bei, die besagt, daß nur 20 Prozent aller NROs gute und korrekte Arbeit leisten. Und wenn man liest, daß von sieben Organisationen, die von der Landesregierung in Orissa Gelder für die Förderung von Frauen erhielten, vier rein gar nichts gemacht haben und drei nicht einmal existierten, kann man wirklich ins Zweifeln kommen . . .

Selbstverständlich lassen sich nicht alle NROs in einen Topf werfen. Es gibt viele engagierte Sozialarbeiter, die ihr eigenes Wissen in den Dienst der Schwächeren stellen, und sich von ganzem Herzen darum bemühen, ihre Situation zu verbessern. Die NROs etwa, die ich in Orissa und Bihar besuchte, sind hierfür gute Beispiele, denn die Mitarbeiter schrecken nicht davor zurück, entlegenste Gebiete aufzusuchen und das Leben dieser Menschen für einen langen Zeitraum zu teilen. Doch das Problem ist, daß keine gesicherten Daten über die Anzahl von NROs existieren, daß niemand weiß, wieviel Geld sie von der Regierung erhalten und, weitaus wichtiger, wieviel davon wirklich bei den Hilfsbedürftigen ankommt. Erst im Oktober letzten Jahres fiel die Entscheidung, eine Planungskommission einzusetzen, die von allen Ministerien und Bundesstaaten Daten über die dort registrierten NROs und ihre Projekte sammeln soll. Man kann nur hoffen, daß die „Schwarze Liste“ des „Central Social & Welfare Board“ nicht immer länger wird. 3 000 NROs sind dort bereits vermerkt. Braucht Indien einen Tee-Test für alle NROs?

Der Zukunft entgegen

Narango Puraji, Adivasi: „Manchmal frage ich mich, ob wir noch genug Zeit haben, eine Veränderung im Denken der Ureinwohner herbeizuführen . . . - Wir müssen einfach weitermachen, von Generation zu Generation. Der Kampf muß weitergehen.“ Basu dev Jani, Adivasi, meint dazu: „Es dauert noch zehn oder 20 Jahre. Dann haben wir eine Veränderung bewirkt.“

Hanak Tading, ein Adivasi vom Volk der Kuvi, der Englisch, Odiya (die Landessprache Orissas) und Kuvi spricht: „Bildung ist das Allerwichtigste für uns. Dann erst wissen wir, wie wir gegen die Regierung kämpfen können, wie wir unser Land verteidigen. Bildung wird unsere Kultur auch bis zu einem gewissen Grad zerstören. Dennoch kommen wir an diesem notwendigen Schritt nicht vorbei.“

Xavier Herenz ist „Block Development Officer“ in Bihar und ein Adivasi aus dem Stamm der Munda. Seine Chancen, als Adivasi auf dem Posten eines Beamten etwas Positives bewirken zu können, schätzt er folgendermaßen ein: „Ich kann hier im Block nur das durchführen, was die Regierung akzeptiert. Alle Vorschriften kommen von oben, und wenn ich Vorschläge zur Verbesserung weitergeben würde, kämen die sowieso nicht an. Aber: Hoffnung bleibt ein Muß!“

Maria Mangte, eine Adivasi aus Manipur, hält eine leitende Position in der „Indischen Konföderation für Indigene und Stammes-Völker“ (ICITP), die es sich in erster Linie zur Aufgabe gemacht hat, ein Netzwerk zwischen allen Institutionen, Organisationen und Menschen, die sich für Adivasi einsetzen, aufzubauen. Ihr Ausblick ins nächste Jahrhundert steht in enger Beziehung zu den Fehlern, die die Konföderation, ihrer Meinung nach, in der Vergangenheit gemacht hat: „Ich möchte ein neues, sauberes Blatt Papier nehmen und jetzt anfangen, es zu beschreiben. Der erste Punkt darauf wird sein, daß es nicht länger einzelne Personen oder einzelne Zonen sein dürfen, die für Macht und Geld kämpfen. Stattdessen muß die Konföderation gute Kontakte zu und zwischen allen Regionen Indiens und ihren Dorfbewohnern herstellen. Ich wünsche mir Transparenz. Die Intrigen der Vergangenheit müssen ein Ende haben, und wir müssen jetzt anfangen, für die Menschen zu kämpfen, die wirklich unsere Hilfe brauchen.“

Dominic Bara, ein Adivasi, der dem Volk der Oraon angehört, lebt in Ranchi. Dort leitet er die Hilfsorganisation „Vikas Maitri“ (Freunde der Entwicklung). Obwohl er seit 1996 Direktor der Firma „Adivasi Corporation Saving & Investment Limited“ ist - ein Unternehmen, das nur Adivasi beschäftigt und seine Aktien nur an Adivasi verkauft - sieht er seine Vision nicht in der Wirtschaft, sondern in der Politik: „Was uns fehlt ist politisches Durchsetzungsvermögen. Die **Jharkhand-Bewegung** ist ein einziger Scherbenhaufen, da läuft einfach alles falsch. Deshalb muß unser Ziel für die Zukunft lauten, die Menschen auf dem Land politisch zu bilden. Das ist kein einfacher Weg, und die Umstände sind hart. Trotzdem bin ich optimistisch, daß wir es schaffen werden.“

Dr. Nirmal Minz, ein Adivasi vom Volk der Oraon: „Wir Adivasi haben Werte, die für ganz Indien wichtig sind: Ehrlichkeit, Gleichheit und Gastfreundschaft. Diese Werte müssen überall wieder hergestellt werden. Die Frage ist nur, wie überzeugen wir die anderen, daß sie von uns etwas lernen können? Das geht nur im täglichen Miteinander. Eine schwierige Aufgabe!“

Wahre Solidarität übersteigt Nationalitäten und ethische Gruppen. Über die Unterschiede hinauszugehen und zu erkennen, daß alle Menschen gleich sind in Recht und Würde - erst das macht uns zu echten Menschen. Wir müssen als Brüder und Schwestern einer mit dem anderen leben, das ist der Kampf, zu dem wir gerufen sind. Wir dürfen die Augen vor der Welt nicht verschließen. Wir brauchen

Menschen nah und fern, die sich der Appelle und Schreie der Hilfsbedürftigen annehmen.

Auszug aus einer Rede von Dr. **Gerry O'Connell**,
Mitglied des Internationalen Komitees von Amnesty International

Das dickste Dankeschön . . .

. . . geht natürlich an die Heinz-Kühn-Stiftung, die es mir überhaupt erst ermöglichte, diese Reise nach Indien zu machen. Ich bin froh, daß das Kuratorium so spontan und flexibel war, meinen sechswöchigen Antrag in beinahe letzter Minute doch noch in ein dreimonatiges Stipendium zu verwandeln. Ich möchte mich außerdem von ganzem Herzen bei allen Menschen und Organisationen bedanken, die mich bei der Reisevorbereitung und in Indien selbst so wunderbar unterstützt haben. Besonderer Dank gilt dem Nordeibischen Missionszentrum und der JELC, der Evangelischen Zentralstelle für Entwicklungshilfe, der Gossner Kirche, dem ICITP sowie den Organisationen SPAR, Catholic Charities, NISWASS, WIDA, LEAD und THREAD. Leider konnte ich nicht allen einen gebührenden Platz in meinem Bericht einräumen, weshalb ich an dieser Stelle betonen möchte: Nur durch die Besuche bei allen Organisationen konnte ich Einblick in die diversen Probleme der Ureinwohner in Indien gewinnen. Last but not ~~least~~ ein Dankeschön an alle Adivasi, die mich so herzlich aufgenommen und geduldig jede Frage beantwortet haben.